

GERD KRÜGER

Von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm

Der nationale Kampfverband „Westfalenbund e. V.“ (1921-1924)¹

I. „Nationale Kampfverbände“ in der Weimarer Republik: Charakterisierung und Quellenproblematik

Die sogenannten „nationalen Kampfverbände“, die häufig auch als „Wehrverbände“ bezeichnet werden, waren ein Phänomen der Weimarer Republik, im eigentlichen Sinne sogar nur ein Phänomen ihrer turbulenten ersten Phase von 1918/19 bis 1924/25. Die beiden Bezeichnungen lassen den spezifischen Charakter dieser Verbände bereits erkennen. Wir haben es hierbei mit privaten paramilitärischen Vereinigungen zu tun, die hierarchisch gegliedert waren und mehr oder weniger auf dem Prinzip von „Befehl und Gehorsam“ aufbauten, obwohl es sich um freiwillige Zusammenschlüsse handelte. Die Uniformierung der Mitglieder, ihre Umzüge und Aufmärsche in militärischer Ordnung und mit Fahnen und klingendem Spiel verliehen den nationalen Kampfverbänden auch rein äußerlich ein militärisches Gepräge.²

Diese Verbände bezeichneten sich selbst als „Selbstschutzverbände“, als „Heimatschutzverbände“ oder einfach als „Kampfverbände“. Allen Bezeichnungen ist gemeinsam, daß sie die selbstgewählte Aufgabenstellung ausdrücken: Die Verbände verstanden sich in erster Linie als Ordnungsmacht im Innern, die

¹ Bei dem Aufsatz handelt es sich um den leicht überarbeiteten Text eines Vortrages vor dem Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Paderborn e. V., am 14. Januar 1997. Der Beitrag versteht sich als Vorstudie zu einer umfassenden Untersuchung zum Thema.

An dieser Stelle danke ich Herrn Dr. Horst Conrad vom Westfälischen Archivamt beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster für vielfältige Unterstützung und wertvolle Hinweise. Mein Dank gilt ferner Freiherrn Gottfried von Lüninck (Haus Ostwig bei Bestwig), der mir freundlicherweise die Erlaubnis zur Auswertung des Nachlasses von Ferdinand Freiherr von Lüninck gewährte. Ein besonderes Wort des Dankes schulde ich Freiherrn Hubertus von Fürstenberg (Bruchhausen a. d. Steinen), der mir erstmalig den lediglich vorsortierten und noch unverzeichneten Nachlaß von Wilderich Freiherr von Fürstenberg uneingeschränkt zugänglich machte.

² Zum Phänomen des Paramilitarismus in der Weimarer Republik siehe folgende grundlegende Beiträge: Ulrich *Gundelach*: Der nationale Wehrgedanke in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum Militarismusproblem in Deutschland zwischen 1918 und 1933, Phil. Diss. Bonn 1977; James M. *Diehl*: Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington-London 1977; Richard *Bessel*: Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik: Von den Freikorps zur SA, in: Militär und Militarismus in der Weimarer Republik. Beiträge eines internationalen Symposions an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5. und 6. Mai 1977, hrsg. von Klaus-Jürgen *Müller* und Eckardt *Opitz*, Düsseldorf 1978, S. 193-222; Hans-Joachim *Mauch*: Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“, Frankfurt/M.-Bern 1982 (= Europäische Hochschulschriften, R. 31, 32); sowie die spezielle Untersuchung von Wieland *Vogel*: Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik, Mainz 1989 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, R. B, 48).

linksradikalen Aufstands- und Umsturzversuchen mit der Waffe in der Hand entgegentreten wollte. Unter wehrpolitischen Gesichtspunkten sahen sich die Kampfverbände als eine stille Reserve des 100 000-Mann-Heeres im Falle einer äußeren Bedrohung. Für beide Zwecke umgingen sie die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages, indem sie – häufig im Auftrag der Reichswehr – geheime Depots mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen unterhielten, ihren Mitgliedern militärische Ausbildung – zum Teil ebenfalls durch die Reichswehr – angedeihen ließen oder selbst „Felddienstübungen“ genannte Geländespiele durchführten und den Kleinkaliberschießsport pflegten.

Zur Reichswehr unterhielten die Kampfverbände freilich freundlich-distanzierte Beziehungen. Einerseits war man in der Frage der Bewaffnung auf die Rückendeckung der Reichswehr angewiesen: Hier agierten die Verbände in einem Bereich, der überaus treffend als „lizenzierte Illegalität“ bezeichnet worden ist,³ und „Lizenzgeber“ war nun einmal die Reichswehr. Andererseits wollten sich die Kampfverbände nicht ihre Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit durch eine zu große Einflußnahme der Reichswehr beschneiden lassen. Ihre Unabhängigkeit suchten sie vor allem mit Blick auf das zweite von ihnen verfolgte Ziel zu erhalten: Die Beseitigung der Republik, notfalls mit Waffengewalt. In allen Umsturz- und Diktaturplänen der frühen zwanziger Jahre spielen die nationalen Kampfverbände eine wichtige Rolle als Heerbann der Gegenrevolution. Meist liefen die Planungen darauf hinaus, im Verein mit der Reichswehr einen, unter Umständen auch provozierten, linksradikalen Umsturzversuch niederzuschlagen, um im gleichen Zuge selbst gegen die Republik vorzugehen.⁴

Über die wirkliche personelle Stärke der nationalen Kampfverbände jenseits propagandistisch überhöhter Zahlenangaben läßt sich indes kein genaues Bild gewinnen. Viele Mitglieder gehörten mehreren Verbänden zugleich an, es kam ständig zu Neugründungen, Abspaltungen und Zusammenschlüssen, und nur vereinzelt sind Mitgliederlisten auf uns gekommen, da diese aus begrifflichen Gründen bei drohenden staatlichen Verfolgungsmaßnahmen immer wieder vernichtet wurden oder im Laufe der Zeit sonstwie verloren gingen. Die Schwankungsbreite reicht aber von örtlichen Wehrbünden mit nur einigen Dutzend Mitgliedern bis hin zu den reichsweit aufgezogenen Massenverbänden Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten und Jungdeutscher Orden mit mehreren hunderttausend Mitgliedern.

Die nationalen Kampfverbände waren Teil einer breitgefächerten Massenbewegung, der sogenannten „vaterländischen Verbände“, obwohl längst nicht

3 Gotthard *Jasper*: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922-1930, Tübingen 1963 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, 16), S. 212; übernommen u. a. von Irmela *Nagel*: Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln-Wien 1991 (= Kölner Historische Abhandlungen, 36), S. 28 sowie zur Praxis der „legalisierten Illegalität“ S. 28-49.

4 Eine solche Provokationsstrategie verfolgte beispielsweise die Organisation Consul mit ihren Anschlägen und Attentaten, wie die brillante Untersuchung von Martin *Sabrow*: Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 69), belegt (siehe etwa S. 120f. und S. 149).

alle Kampfverbände dem Dachverband Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) oder seinen regionalen oder lokalen Pendanten angehörten. Dem Sammelbegriff „vaterländische Verbände“ läßt sich ein sehr heterogenes Spektrum unterschiedlichster Vereinigungen zuordnen, die sich genau genommen nur in einem einzigen Punkt einig waren, nämlich in ihrer Feindschaft gegenüber der Weimarer Republik und in ihrem Haß auf die als „undeutsch“ gebrandmarkte demokratische Staatsform an sich. Die Ablehnung des Parteienstaates kam in der von allen Verbänden demonstrativ herausgestrichenen „Überparteilichkeit“ zum Ausdruck. Als zweites Charakteristikum, das allen „vaterländischen Verbänden“ gemein war, muß deren „völkische“ Ideologie angesehen werden, also ein mehr oder minder rassentheoretisch untermauerter, übersteigter Nationalismus,⁵ der nicht nur in internen und öffentlichen Verlautbarungen der Verbandsführungen faßbar wird, sondern als gemeinsame Grundüberzeugung der allermeisten Mitglieder vorausgesetzt werden darf. Ferner ist für das „vaterländische“ Verbandswesen die allgemein übliche Praxis der Mehrfachmitgliedschaften ihrer Mitglieder, die zum Teil daraus resultierende spinnennetzartige Verwobenheit der Einzelverbände und die hierdurch ermöglichte stete Fluktuation der Mitglieder kennzeichnend. Staatliche Gegenmaßnahmen, insbesondere Verbotserlassungen, liefen deswegen letztlich immer wieder ins Leere.

Zu den „vaterländischen Verbänden“ rechneten sich die sogenannten „nationalen Verbände“ des Kaiserreichs (Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein und andere), „völkisch“-antisemitische Gruppierungen wie der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund, dann eben die paramilitärischen Wehrverbände wie der Stahlhelm und der Jungdeutsche Orden, die Hunderttausende von Mitgliedern zählten, elitäre, aber hinter den Kulissen einflußreiche Intellektuellenzirkel, monarchistische Vereinigungen und wirtschaftsfriedliche Berufsverbände.⁶ Auf lokaler Ebene kamen scheinbar unpolitische Vereinigungen wie Sport-, Turn-, Gesangs- und Schützenvereine hinzu, ja in seltenen Fällen lassen sich selbst Stammtische als „vaterländische“ Vereinigungen kleinster Art quellenmäßig belegen. Auch die NSDAP wurde zu den „vaterländischen“ Organisationen gezählt. Vor allem außerhalb Bayerns war ihre Entwicklung bis etwa

5 Zu dem vieldeutigen Begriff „völkisch“ siehe: Deutschvölkischer Katechismus, Heft I: Begriff und Wesen des Völkischen. Von einem deutschen Hochschullehrer, Leipzig 1929 [eine links-demokratische Streit- und Aufklärungsschrift]; Martin Broszat: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: Deutsche Rundschau 84 (1958), S. 53-68; Uwe Lobalm: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970 (= Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, 6); Günter Hartung: Völkische Ideologie, in: Weimarer Beiträge 33 (1987), S. 1174-1185; Jost Hermand: Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1988.

6 Eine erste Orientierung über das Spektrum „vaterländischer Verbände“ ermöglicht eine Auflistung derjenigen Verbände, die 1924/25 der Dachorganisation Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands angeschlossen waren, bei Kurt Finker: Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) 1922-1933/34, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), hrsg. von Dieter Fricke u. a., Bd. 4, Leipzig 1986, S. 314-321, hier S. 314-316. Siehe ferner Rüdiger Graf von der Goltz: Die vaterländischen Verbände, in: Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen, gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, hrsg. von Bernhard Harms, Bd. 2, Berlin 1929, S. 155-177.

1925/26 zumindest auf Ortsebene meist untrennbar mit derjenigen der „vaterländischen Verbände“ verknüpft.

Obwohl die „vaterländischen Verbände“ bei aller Verschiedenheit eine Massenbewegung der Weimarer Epoche waren, steckt deren Erforschung besonders auf regionaler und lokaler Ebene noch in den Kinderschuhen.⁷ Dies hat seine Ursache hauptsächlich in der sehr schwierigen Quellenlage, was in ganz besonderem Maße für die nationalen Kampfverbände gilt, bewegten sich diese doch teilweise, wie schon gesagt, unter Bedingungen „lizenzierter Illegalität“ – kein Wunder also, daß Aufzeichnungen entweder gar nicht erst angefertigt⁸ oder bald wieder vernichtet wurden.⁹ Andererseits neigten auch die Kampfverbände dazu, mit deutscher Gründlichkeit einen ihrer Bedeutung nicht immer angemessenen bürokratischen Apparat zu unterhalten, der sehr viel beschriebenes Papier produzierte.¹⁰ Diese Unterlagen gelangten aber nur selten in die Hände staatlicher Stellen und auf diesem Weg später in die entsprechenden Archive, sondern sie sind – wenn überhaupt – zum ganz überwiegenden Teil in den Nachlässen beteiligter Personen erhalten geblieben. Deren systematische Durchforstung durch die historische Forschung steht erst am Anfang. Unterlagen staatlicher Provenienz bieten für verlorene oder noch nicht erschlossene Dokumente in privater Hand nur sehr unvollkommenen Ersatz, da sie zum Beispiel in aller Regel keinen Blick auf das Innenleben der Verbände zulassen und ihr Informationsgehalt vom politischen Standpunkt des Berichterstatters und von seinem Kenntnisstand über interne Vorgänge abhängt.¹¹

Der folgende Beitrag ist einem einzelnen regionalen Kampfverband gewidmet, der seinen Schwerpunkt in Ostwestfalen-Lippe besaß: Auf die kurze, nur von Mitte 1921 bis Herbst 1924 reichende Geschichte des „Westfalensbundes e. V.“, die durchaus exemplarisch für die Geschichte vieler kleinerer nationaler Kampfverbände ist. Der Westfalensbund steht zwischen den beiden im Titel genannten Organisationen: Seine Wurzeln reichen zurück bis zu den Einwohnerwehren, und er geht schließlich im Stahlhelm auf. Es wird aber beispielsweise zu fragen sein, ob es eine kontinuierliche, gradlinige Entwicklung von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm gab, die letzten Endes in die SA der NSDAP mündete.

7 Eine erste umfassende Lokalstudie liegt für die Stadt Münster in Westfalen vor: Gerd Krüger: „Treudeutsch allewege!“ Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887-1929/30), Münster 1992 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster, N. F. 16).

8 Anlässlich eines bevorstehenden Wechsels der Hauptgeschäftsführung des Westfalensbundes wurde angemerkt, daß „bei der Natur der Dinge wohl nicht über alle Punkte ‚Akten‘ erschöpfende Auskunft geben werden“; Leopold von Caprivi an Ferdinand von Lüninck, Münster, 18. September 1923, in: Archiv Frhr. von Lüninck, Haus Ostwig bei Bestwig (künftig zitiert als: AvL), NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764.

9 So gab etwa der Beckumer Kaufmann Heinrich Illigens, Führer des Westfalensbundes von 1921 bis 1923, an, „die betr. Korrespondenz wegen drohender Haussuchung“ beziehungsweise aus „Zweckmäßigkeitsgründen alle W. B.-Schreiben“ vernichtet zu haben; Heinrich Illigens an Ferdinand von Lüninck, Beckum, 25. August 1924 und 8. Februar 1925, in: Ebd., Nr. 766.

10 Vgl. beispielsweise die beißende, aber allem Anschein nach berechnete Kritik an der Organisation Escherich durch Friedrich Wilhelm Heinz: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933, S. 118.

11 Siehe Krüger (wie Anm. 7), S. 86 und 131-133 (insbesondere S. 132, Anm. 247).

II. Wurzeln der Kampfverbände: Einwohnerwehren und „Organisation Escherich“

1. Von den Einwohnerwehren zur „Organisation Escherich“

Den Begriff „nationale Kampfverbände“ bereits auf die staatlich legitimierten Einwohnerwehren der Jahre 1919 und 1920 anzuwenden, erscheint nicht ohne weiteres gerechtfertigt. Allgemein entstanden Einwohner- oder Bürgerwehren 1918/19 aus der Notwendigkeit heraus, in einer Phase des staatlichen Autoritäts- und Machtverfalls ein wirksames Mittel zur Unterstützung der örtlichen Sicherheitsorgane zu schaffen. Wie diese bürgerlichen Selbstschutzbestrebungen zu bewerten sind, ob sie gegenrevolutionäre und antirepublikanische Absichten verfolgten oder ob es sich doch nur um unpolitische Notwehrorganisationen handelte, darüber sind in der Forschung die Meinungen geteilt. Trotz des Versuchs einer zentralen Führung durch die Zentralstelle für Einwohnerwehren in Berlin boten diese Wehren nämlich kein einheitliches Bild. Ihre Spannweite reichte von lokalen Bürgervereinigungen zum reinen Selbstschutz bis hin zu echten paramilitärischen Formationen, die teilweise sogar mit schweren Infanteriewaffen ausgerüstet waren und daher neben polizeilichen auch militärische Aufgaben wahrnehmen konnten.¹² Letzteres gilt insbesondere für die bayerischen Einwohnerwehren und für Wehren in den ostdeutschen Grenzprovinzen. Ungeachtet einer hohen nominellen Kopfstärke in Rheinland-Westfalen (rund 117 000 Mitglieder) erreichten die Einwohnerwehren hier jedoch nie jenen Grad an Volkstümlichkeit und militärischer Schlagkraft, wie er vor allem die bayerischen Wehren auszeichnete. Um nur zwei Beispiele anzuführen: In den Kreisen Siegen, Olpe und Wittgenstein betrug die Kopfstärke der Wehren Mitte 1920 zwar rund 3 300 Mann, an diese hatten aber lediglich 1 300 Gewehre ausgegeben werden können.¹³ Und die Mitglieder der Einwohnerwehr der westfälischen Provinzialhauptstadt Münster, 1919/20 immerhin mehr als 1 700 Mann, zeichneten sich mehr durch ihren guten Willen, denn durch ihre Kampfkraft aus, handelte es sich doch bei ihnen mehrheitlich um „ältere Herren“.¹⁴ Zudem machten etwa im ländlichen Münsterland nach dem Urteil eines Kreisrates der Einwohnerwehren das Mißtrauen und die Abneigung der westfälischen Bauern gegen jede Art von Zentralisierung die von der Zentralstelle für Einwohnerwehren geforderte Zusammenfassung aller Wehren weitgehend zunichte.¹⁵

12 Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 552f.

13 „Nachweisung der ausgegebenen Waffen im Kreise Siegen“, o. O. u. D. (Mitte [Mai?] 1920), in: Archiv Frhr. von Fürstenberg-Gaugreben, Bruchhausen a. d. Steinen (künftig zitiert als: AvFG), NL Wilderich von Fürstenberg, unverzeichnet.

14 Ludger Grevelhörster: Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993 (= Paderborner Historische Forschungen, 4), S. 45-51.

15 Kreisrat für Stadt- und Landkreis Münster und den Kreis Warendorf an Oberpräsident der Provinz Westfalen, Münster, 1. August 1920, in: Stadtarchiv Münster (künftig zitiert als: StdAM), Landratsamt Münster, Nr. 1428.

Dennoch bilden die Einwohnerwehren auch in Westfalen eine der Wurzeln der nationalen Kampfverbände. Entscheidende Bedeutung für die Entstehung der nationalen Kampfverbände in Westfalen kam allerdings nicht schon der Existenz der Einwohnerwehren selbst zu. Erst der Umbruch von den staatlich anerkannten Einwohnerwehren hin zu privatrechtlich organisierten Wehren stellte einen wichtigen Wendepunkt dar.

Am 8. April 1920 verfügte Reichsinnenminister Erich Koch-Weser (DDP) auf Druck der Alliierten die Auflösung der Wehren, allerdings, wie er seinem Tagebuch anvertraute, „mit Augenzwinkern“. Gleichzeitig empfahl er nämlich, „für eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu sorgen“.¹⁶ Daher wurden auch in Preußen einen Tag später zwar die Einwohnerwehren aufgelöst, diese konnten jedoch durch sogenannte „Orts- und Flurschutzverbände“ ersetzt werden. In Bayern wurden die Einwohnerwehren überhaupt nicht verboten, denn die konservative Regierung von Gustav Ritter von Kahr war mit ihrer Hilfe im Gefolge des Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 an die Macht gekommen und bedurfte ihrer Unterstützung auch weiterhin. Die Verbote der Einwohnerwehren außerhalb Bayerns veranlaßten aber den Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren, den Forstrat Dr. Georg Escherich, eine reichsweite Auffangorganisation in Form eines privatrechtlichen Vereins zu gründen, wodurch zugleich eine Auflösung der bayerischen Wehren erschwert werden sollte. Auf einer Tagung in Regensburg am 8. und 9. Mai 1920 beschlossen Vertreter von „Selbstschutzorganisationen“ und Wirtschaftsverbänden die Satzung eines „Reichsverbands der deutschen Selbstschutzverbände“, der nach seinem Leiter benannt als „Organisation Escherich e. V.“ am 8. August 1920 in das Vereinsregister des Amtsgerichts München eingetragen wurde.

Der bayerische Ministerpräsident von Kahr schlug wenige Tage nach der Regensburger Tagung vor, das bayerische Modell privater Wehren auf ganz Deutschland zu übertragen. Diesen Vorschlag machte sich unter anderem die Preußische Regierung zu eigen, denn in Zusatzbestimmungen zu den Erlassen des Preußischen Innenministers wurde ausdrücklich betont, daß „im Interesse der Ordnung und Sicherheit private Selbstschutzorganisationen und örtliche Wehren“ aufgestellt werden könnten, sofern sie bestimmte Bedingungen erfüllten: Sie durften nicht gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages verstoßen, sollten politisch nicht einseitig zusammengesetzt sein, mußten sich auf den Boden der Verfassung stellen und Gewaltakte ablehnen. Besonders jede Form der Zentralisierung nach dem Vorbild der früheren Zentralstelle für Einwohnerwehren mit ihren Kreis- und Provinzialverbänden hatte zu unterbleiben.¹⁷

16 Zitiert nach Erwin Könnemann: Einwohnerwehren (EW) 1919-1921, in: Lexikon zur Parteiengeschichte (wie Anm. 6), Bd. 2, Leipzig 1984, S. 569-579, hier S. 577.

17 Oberpräsident der Provinz Westfalen: „Zusatzbestimmungen zu den Erlassen des MdI vom 9. April 1920“, Münster, 5. Juli 1920, in: StdAM, Landratsamt Münster, Nr. 1428.

In Westfalen wurden umgehend Schritte zur Umsetzung der Regensburger Beschlüsse eingeleitet. Schon an der Tagung selbst hatte aus Westfalen zumindest ein Vertreter aus Münster teilgenommen. Bereits drei Tage später, am 12. Mai 1920, luden sieben westfälische Wehrführer per Rundschreiben zu einer Besprechung „über Neubildung eines Orts- und Flurschutzes auf mehr privater Grundlage“ nach Münster. Hierbei sollte es, so wurde in dem Schreiben betont, „um eine Angelegenheit von außerordentlicher, weit über die Grenzen der Provinz hinausgehenden Bedeutung“ gehen. In „den übrigen Provinzen Preußens und allen Staaten Deutschlands“ würden gleiche Besprechungen abgehalten.¹⁸

Am 19. Mai 1920 fand dann im Landeshaus zu Münster eine „stark besuchte Versammlung“ von „Vertretern der Wehren aller Stadt- und Landkreise Westfalens“ statt. Einstimmig wurde beschlossen, „die Einwohnerwehren nach bayrischem Muster umzubilden“, was bedeutete, daß drei Arten von Wehren gebildet werden sollten: 1. Ortswehren für den jeweiligen Ort und dessen nächste Umgebung; 2. Gauwehren, die sich für den jeweiligen Regierungsbezirk verpflichteten; und 3. Landesschützen, die sich für den Einsatz in ganz Deutschland zur Verfügung stellten. Waffen und Ausrüstung sollten aber nur die Ortswehren erhalten, während Gauwehren und Landesschützen zunächst nur „rein listenmäßig“ erfaßt werden sollten. Nach Aussage des Kreisrates für Olpe, Siegen und Wittgenstein, Wilderich Freiherr von Fürstenberg, wurde diese Umbildung auch deshalb notwendig, weil die bayerischen Landesschützenformationen, die bei der Niederschlagung des Aufstandes im Ruhrgebiet im März/April 1920 eine wichtige Rolle gespielt hatten, „nicht mehr bereit“ wären, „bei zu erwartenden Unruhen nach Norddeutschland zu kommen“.¹⁹

Organisation und Koordination in den Kreisen und Regierungsbezirken lag anfangs weiterhin in Händen der Kreisräte und Oberkreisräte der früheren Einwohnerwehren. Diese Landesschutzbeamten hatten, wie schon zuvor bei den Einwohnerwehren, eine privatrechtliche Dienststellung inne, waren aber andererseits im Besitz entsprechender Ausweispapiere des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen.²⁰ Damit trat auf der paramilitärischen Ebene vorübergehend die gleiche Situation ein, wie sie auf der militärischen Ebene praktisch die gesamte Zeit der Weimarer Republik über bestand: Dort waren „Zivilangestellte“ der Reichswehr mit vielfältigen Aufgaben im Bereich des Landesschutzes nach außen, unter anderem mit dem Aufbau der „Schwarzen Reichswehr“ befaßt.²¹

Im Unterschied zu den Einwohnerwehren, die reine „Abwehrorganisationen“ gewesen seien, gab sich die Organisation Escherich (kurz: Orgesch) als eine „un-

18 Rundschreiben, Münster, 12. Mai 1920, gezeichnet Kaspar, Faessing, [Heinrich] Kneer, [Alfred] Freiherr von Landsberg, [Heinrich] Löbker, Osthues, [Regierungsrat] Dr. [Hermann?] Schultz, in: AvFG, NL Wilderich von Fürstenberg, unverzeichnet.

19 Vertrauliches Rundschreiben des Kreisrates für Olpe, Siegen und Wittgenstein, Wilderich von Fürstenberg, Siegen, 21. Mai 1920, in: Ebd.

20 Siehe den bis 31. März 1921 gültigen Personalausweis für Wilderich von Fürstenberg, Kreisrat für die Kreise Siegen, Olpe und Wittgenstein, ausgestellt vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Münster, 28. Februar 1920, in: Ebd.

21 Vgl. *Krüger* (wie Anm. 7), S. 254.

bewaffnete Aufbauorganisation“ aus. In ihren Satzungen²² wurde sie definiert als „eine private Einrichtung, die auf verfassungsmäßigem Wege die Versöhnung der Volksklassen und den Wiederaufbau Deutschlands fördern will.“ Demonstrativ wurde festgestellt: „Die Vereinigung befaßt sich nicht mit militärischen Dingen.“ Vielmehr erstrebe sie „unter Ausschaltung jeder Parteipolitik die Zusammenfassung aller vaterländisch gesinnten Deutschen, die auf dem Boden der Ordnung stehen und gewillt sind, in vorbehaltloser Unterordnung unter ihre Leiter nachstehenden 4 Programmpunkten Geltung zu verschaffen: 1) Sicherung der Verfassung; 2) Schutz von Personen, Arbeit und Eigentum; 3) Erhaltung des Deutschen Reiches und Ablehnung jeglicher Abtrennungsbestrebungen; 4) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und Abwehr jedes Rechts- oder Linksputsches“.

Diese Ausführungen waren reines Blendwerk. Die Umbildung der Einwohnerwehren „nach bayrischem Muster“ bedeutete nämlich einen ganz wesentlichen Einschnitt. Unter direkter Anleitung durch Abgesandte der bayerischen Einwohnerwehren²³ und durch bayerische Offiziere²⁴ ging es (nicht nur) in Westfalen schon bald nicht mehr um den Erhalt reiner Selbstschutzverbände, sondern es wurde zum Aufbau einer paramilitärischen Kampforganisation geschritten.²⁵ Ein hierfür herangezogener „Leitfaden für die Organisation eines Kreises“²⁶ legt den militärischen Charakter der Organisation Escherich unmißverständlich offen. Alle Vorbereitungen richteten sich gegen eine angebliche „Rote Armee“, deren Existenz im Untergrund vorausgesetzt und mit deren Losschlagen gerechnet wurde. Hier wirkte das Trauma der sogenannten „Märzrevolution“ von 1920 nach, als sich im Ruhrgebiet aus dem Abwehrstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch in kürzester Zeit eine Aufstandsbewegung entwickelt hatte, die erst durch den massierten Einsatz von Reichswehr und Freikorps niedergeschlagen werden konnte. Das spontane, ungeplante Entstehen dieser Aufstandsbewegung blieb für ihre Gegner einfach unvorstellbar.

Im Vergleich zu den Einwohnerwehren veränderte sich auch das Profil der neu entstehenden Wehren. Zu den bürgerlich-konservativen Kräften, die sich in erster Linie für den Kampf gegen links wappneten, stießen jetzt auch in größerer

22 Die „Satzungen der Organisation Escherich“ sind gedruckt bei Günther *Axhausen*: *Organisation Escherich. Die Bewegung zur nationalen Einheitsfront*, hrsg. an der Hand umfangreichen Materials, Leipzig-Berlin 1921, S. 16-18; Erwin *Rosen* (d. i. Erwin *Carlé*): *Orgesch*, Berlin 1921, S. 49-54.

23 *Krüger* (wie Anm. 7), S. 75-77.

24 *Grevelhörster* (wie Anm. 14), S. 82. Die bayerischen Einwohnerwehren hatten den Wehren im übrigen Deutschland zugesagt, „uns, wenn wir uns organisieren, mit allen Mitteln zu unterstützen (Versicherung usw.)“; vertrauliches Rundschreiben des Kreisrates für Olpe, Siegen und Wittgenstein, Wilderich von Fürstenberg, Siegen, 21. Mai 1920, in: AvFG, NL Wilderich von Fürstenberg, unverzeichnet.

25 Zur Organisation Escherich in Westfalen detailliert *Krüger* (wie Anm. 7), S. 72-88; *Grevelhörster* (wie Anm. 14), S. 81-83.

26 „Leitfaden für die Organisation eines Kreises“, undatiert (vor 15. August 1920), in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Nr. 15732; Staatsarchiv Münster (künftig zitiert als: StAM), Regierung Arnsberg, Nr. 14430; Archiv des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, Münster (künftig zitiert als: ALWL), NL Dr. Heinrich Glasmeier, Nr. 26.

Zahl ehemalige Offiziere und Freikorpsoldaten, die der Republik unversöhnlich gegenüberstanden und daran gewöhnt waren, ihre Ziele gegebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen.²⁷ Dies war Resultat einer geänderten Zielsetzung. Leutnant a. D. Josef Böger aus Münster, einer der Organisationsoffiziere der Orgesch in Westfalen, stellte klar: „Wir haben einen Weg als richtig erkannt, und der ist: Über die Organisation zum Selbstschutz gegen den Bolschewismus zur Organisation der neuen Wehrmacht des Volkes.“²⁸

Eine ungebrochene Kontinuität von den Einwohnerwehren zur Organisation Escherich gab es daher in Westfalen nicht. Abgesandte der Leitung der Einwohnerwehren Bayerns mußten als Ergebnis ihrer Besprechungen in Münster Ende Mai 1920 zur Kenntnis nehmen, daß es schwierig sei, „den westfälischen Bauern für die Idee zu erwecken“.²⁹ Im Kreis Olpe wurde festgestellt, daß „bei den meisten Menschen zur Zeit in Folge ihrer Kurzsichtigkeit das Interesse nicht rege genug“ sei.³⁰ Bei einer Kopfstärke von 1267 Wehrmitgliedern verpflichteten sich dort nur 102 Mann für die Gauwehren und ganze 17 Mann für die Landeschützenformationen. Zudem waren Waffen und Munition Mangelware.³¹ Eine angebliche Gesamtstärke der Orgesch in Rheinland und Westfalen von etwa 8-10 000 Mann, die ein Polizeibericht von Mitte August 1920 nennt,³² dürfte daher höchstens die Gesamtmitgliederzahl aller Orts- und Flurschutzverbände meinen. Von vereinzelt örtlichen Ausnahmen abgesehen,³³ konnte zunächst nur die offiziell aufgelöste „Akademische Wehr“ Münster als auf dem Papier bestehende, im Kampf gegen die „Rote Ruhrarmee“ erprobte Einheit der Organisation Escherich in Westfalen angesehen werden.³⁴

In Westfalen entsprach die Orgesch ihrem Ursprung nach wohl tatsächlich „dem Angstgefühl gewisser Kreise“, wie es Hauptmann von Hanstein, Leiter der Nachrichtenabteilung beim Wehrkreiskommando VI in Münster, einschätzte.³⁵ Es scheint aber ebenso zuzutreffen, daß sie „im Reiche, zumal in Norddeutsch-

27 *Grevelhörster* (wie Anm. 14), S. 81.

28 Vermutlich an Georg Escherich gerichtete Denkschrift von Josef Böger: „Vom Bund verfassungstreuer Westfalen (Provinzialgruppe der O. E.) zum Westfalenbund“, Münster, 10. August 1921, in: StAM, NL Dr. Eduard Schulte, Karton III, Mappe 3.

29 Ludwig Kannengiesser (Landesleitung der Einwohnerwehren Bayerns): „Bericht über die Reise vom 25. 5. 20 bis 5. 6. 20“, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv IV, München (künftig zitiert als: BHStAM IV), Einwohnerwehr Bd. 5, Akt 3a.

30 Ernst Deimel an Wilderich von Fürstenberg, Olpe, 4. August 1920, in: AvFG, NL Wilderich von Fürstenberg, unverzeichnet.

31 Ernst Deimel an Wilderich von Fürstenberg, Olpe, 7. Juni 1920, in: Ebd.

32 Sicherheits-Polizei Bochum an Sicherheits-Polizei-Gruppe Dortmund, Bochum, 19. August 1920, in: StAM, Regierung Arnsberg, Nr. 14433.

33 So waren in Greven a. d. Ems nach einem Vortrag 85 Wehrmänner geworben worden, von denen 60 den Landeschützenformationen beitraten; Ludwig Kannengiesser (Landesleitung der Einwohnerwehren Bayerns): „Bericht über die Reise vom 25. 5. 20 bis 5. 6. 20“, in: BHStAM IV, Einwohnerwehr Bd. 5, Akt 3a.

34 *Krüger* (wie Anm. 7), S. 74f., 80f.

35 Hauptmann von Hanstein an Preußischen Minister des Innern, Münster, 17. September 1920, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, NL Carl Severing, Mappe 35.

land, [...] niemals über den Rahmen einer starren, von oben verfügt Organisation“ hinauskam, wie der ehemalige Orgesch-Führer Friedrich Wilhelm Heinz urteilte.³⁶ Sie blieb hier „ein Führerverein ohne Heer“, ein „Verein politischer Männer, die nach Gefolgschaft suchen“, wie sie rückblickend der Vorsitzende des Stahlhelm-Landesverbands Westfalen, General a. D. Eduard Kreuter, charakterisierte.³⁷

Zu den erwähnten, teilweise mentalitätsbedingten Schwierigkeiten beim Aufbau der Orgesch in Westfalen traten in der zweiten Jahreshälfte 1920 verschiedene Verbotsv Verfügungen des Preußischen Innenministers Carl Severing wegen Umgehung des Verbots zentral geleiteter Wehren. Auch wurden Teile der Struktur der westfälischen Orgesch an die sozialdemokratische Presse verraten und dort publik gemacht, wodurch das oberste Gebot der Orgesch, „die äußerste Geheimhaltung“, verletzt worden war. Ende 1920/Anfang 1921 mußte daher das erst rudimentär vorhandene Skelett neu aufgebaut werden. An die Stelle überwiegend wohl landesfremder ehemaliger Offiziere traten nun Personen, die bereits als Einwohnerwehrführer hervorgetreten waren. Führer des dreist in „Bund verfassungstreuer Westfalen“ umgetauften westfälischen Provinzialverbands der Orgesch wurde Heinrich Kneer, Oberförster bei der Freiherrlich von Ketteler'schen Forstverwaltung in Eringerfeld, Kreis Lippstadt, und rechtsstehender Zentrumsabgeordneter im Kreistag des Kreises Lippstadt.

Unter der neuen Führung gelang es anscheinend in der ersten Jahreshälfte 1921, die Werbetätigkeit für die außerhalb Bayerns illegale Orgesch deutlich zu intensivieren, ohne daß Einzelheiten über Stärke und Struktur bekannt wären. Immerhin war auch die westfälische Orgesch in der Lage, trotz der schärferen Überwachung die deutschen Selbstschutz- und Freiwilligenverbände, die in Oberschlesien den am 2./3. Mai 1921 ausgebrochenen dritten polnischen Aufstand bekämpften, mit Waffen zu unterstützen. Eine in diesem Zusammenhang entstandene Auflistung im Nachlaß von Wilderich Freiherr von Fürstenberg³⁸ gibt einen seltenen Einblick in die Bewaffnung der westfälischen Orgesch, die das Bild von der vorgeblich „unbewaffneten Aufbauorganisation“ zweifelsfrei widerlegt. Hiernach erhielt das Bataillon des Freikorpsführers Heinz Hauenstein („Sturm-Abteilung Heinz“) ein 10,5 cm-Geschütz mit 26 Granaten samt dazugehöriger Ladung, einen leichten Minenwerfer, ein schweres und zwei leichte Maschinengewehre, eine Maschinenpistole, vier Patronenkästen, vier Mauser-Pistolen mit Anschlagkolben, 21 verschiedene Pistolen 08, 62 Revolver und 5 630 Schuß Infanteriemunition. An das Depot in Nesselwitz (bei Cosel)

36 Heinz (wie Anm. 10), S. 115. Entsprechende Kritik am Orgesch-Nachfolgeverband Westfalenbund wurde schon frühzeitig laut; siehe Josef Böger an Georg Escherich, Münster, 15. November 1921, in: StdAM, NL Dr. Eduard Schulte, Karton III, Mappe 3: „Unsere Organisation [...] soll heute durch eine Spitzenorganisation, die im Volke nicht im Allergeringsten bekannt, populär und damit tragfähig ist, ersetzt werden.“

37 Stahlhelm, Landesverband Westfalen, Eduard Kreuter, an Ferdinand von Lüninck, Münster, 9. Oktober 1924, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 770.

38 Handschriftliche Aufstellung „Batl. Heinz empfang / Depot Nesselwitz empfang / Abschnitt Nord, Gruppe Roßbach empfang am 11. 6. 21“ auf Vorder- und Rückseite eines Zettels Kopierpapier, o. O. u. D., in: AvFG, NL Wilderich von Fürstenberg, unverzeichnet.

wurden 400 Karabiner und 10 000 Schuß Infanteriemunition abgegeben. Und am 11. Juni 1921 erhielt die Gruppe des Oberleutnants a. D. Gerhard Roßbach 75 Karabiner, ein schweres und zwei leichte Maschinengewehre, zwei MG-Schutzschilde, 50 MG-Gurte, 5 000 Schuß Infanteriemunition, eine Kiste Handgranaten und einen langen Werfer. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die westfälische Orgesch nur überzählige Waffen nach Oberschlesien abgab, und daß man das Risiko illegaler Waffentransporte von Westfalen bis nach Oberschlesien nur gelegentlich einging, läßt sich doch erkennen, daß von einer Ausrüstung mit schweren Waffen nicht nennenswert die Rede sein konnte und daß es offensichtlich an Munition für die vorhandenen Waffen mangelte.

In die anscheinend erfolgreichere Aufbauarbeit der westfälischen Orgesch platzte die endgültige Auflösung der Organisation Escherich durch ihren Leiter im Juni 1921. Der ultimativen Forderung der Alliierten nach Auflösung der Organisation Escherich wegen Verletzung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages konnten sich schließlich weder Dr. Georg Escherich noch die ihn protegierende bayerische Regierung widersetzen.

2. Von der „Organisation Escherich“ zu den „Heimatschutzverbänden“

Die Organisation Escherich stellte ein heterogenes Zweckbündnis von Wehren und Einzelverbänden dar, in dem sich sowohl gemäßigte als auch radikale Republikgegner zusammenfanden. Ihre Auflösung löste einen Umorientierungsprozeß aus, bei dem „die aktivistischen Kämpfer abwanderten in die soldatisch-revolutionären Wehrbünde“. ³⁹ Die staatlichen Überwachungsorgane sahen diese Entwicklung äußerst frühzeitig voraus, wußten jedoch nicht, wie sie ihr begegnen sollten. Ein Lagebericht vom 21. Juni 1921, also unmittelbar nach der angeordneten Auflösung der Orgesch, stellte klar, daß „naturgemäß in erster Linie diejenigen Elemente der bisherigen Orgesch, welche am entschlossensten nach rechts hin sich orientieren, einen weiteren Zusammenhalt am energischsten betreiben“ würden. Daher müsse damit gerechnet werden, daß an die Stelle „des gemäßigten und verständigen Forstrates Escherich und seiner Mitarbeiter Leute treten werden, die einen weit ausgeprägteren rechtsgerichteten Standpunkt einnehmen. [...] Eine starke Verschiebung der sich neu bildenden Vereinigung nach rechts ist um so wahrscheinlicher, als sie durch die Rechtslage von vornherein in einen ausgesprochenen Widerspruch mit [sic!] der Regierung gesetzt werden würde“. ⁴⁰

Nach dem reichsweiten Verbot der Organisation Escherich wurden in Westfalen nach Beobachtung der Behörden „die früher zahlreich bestehenden Büros der Orgesch aufgelöst“. Bei einer Reihe von teils kurz darauf neu entstandenen Vereinen mit „verschiedensten Namen wie ‚Verein Heimattreuer Westfalen‘, ‚Westfalen-Bund‘, ‚Rasensport-Verein‘“ vermuteten die Behörden, daß sie „anscheinend Überbleibsel der Orgesch sind“, konnten hierfür aber keine „positiv-

³⁹ Heinz (wie Anm. 10), S. 118.

⁴⁰ Auszug aus Lagebericht, o. O., 21. Juni 1921, in: Staatsarchiv Detmold, M 1, I P, Nr. 619.

ve[n] Beweise“ beibringen.⁴¹ Tatsächlich verwandelte sich die Orgesch in sogenannte „Heimatschutzverbände“, wobei zum Teil nicht einmal die leitenden Personen ausgetauscht wurden.

Diese Verbände setzten anfangs die Gepflogenheit der Orgesch fort, wonach jedes korporative Mitglied sein regionales Arbeitsgebiet zugewiesen bekam, um einen Konkurrenzkampf der verschiedenen „nationalen“ Verbände gegeneinander auszuschließen. In weiten Teilen Westfalens trat der „Westfalenbund“, der im Lipperland unter dem Namen „Cheruskerbund“ firmierte, die Nachfolge des westfälischen Provinzialverbands der Orgesch an. Im Regierungsbezirk Arnsberg verzichtete der Westfalenbund anfänglich auf den Aufbau eigener Ortsgruppen und förderte statt dessen die Gründung von „Bruderschaften“ des Jungdeutschen Ordens. Am Niederrhein und im Westteil des Ruhrgebiets war der „Treibund“ tätig, der aus dem Freikorps des Majors a. D. Siegfried Schulz hervorgegangen war. Nördlich der Provinz Westfalen schloß sich im Regierungsbezirk Osnabrück der Tätigkeitsbereich des „Heimattbundes ‚Wittekind‘“ an. Die Grenzen zwischen den Arbeitsgebieten der einzelnen Verbände waren genau bestimmt und zumindest im Fall der Abgrenzung zwischen Treibund und Westfalenbund am Nordrand des Ruhrgebiets eindeutig nach militärstrategischen Gesichtspunkten festgelegt worden.⁴²

Obwohl die überregionalen Leitungsstrukturen zunächst insgeheim intakt blieben, entglitt Escherich nicht zuletzt wegen der Maßnahmen des Preußischen Innenministers Severing schnell die Führung der norddeutschen Nachfolgeverbände. Überdies hatte sein Ansehen stark darunter gelitten, daß er entgegen früherer Bekundungen die nach ihm benannte Organisation widerstandslos aufgelöst hatte. Daher ließ sich in der Praxis die ursprüngliche Form der Zusammenarbeit nicht lange aufrechterhalten. Führungsansprüche, Rivalitäten und Anmaßungen der Führer der Einzelverbände machten bald ein einheitliches Handeln der nun entstehenden nationalen Kampfverbände unmöglich.

III. Der „Westfalenbund e. V.“ 1921-1924

1. Entstehung, äußere Struktur und Programmatik

Nur eine gute Woche nach der Auflösung der Organisation Escherich wurde durch Heinrich Kneer, den Provinzialleiter der westfälischen Orgesch, am 28. Juni 1921 der Westfalenbund e. V. gegründet,⁴³ der im Dezember des Jahres

41 Oberpräsident der Provinz Westfalen an Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Münster, 10. Oktober 1921, in: StAM, Regierung Arnsberg, Nr. 14429; StdAM, Amt Wolbeck, B 4, Nr. 6.

42 Dies geht besonders deutlich hervor aus: Dr. Johann Wolters, Dr. Heinrich Glasmeier an Provinzialleitung des Westfalenbundes, o. O., 21. Dezember 1921, in: ALWL, NL Dr. Heinrich Glasmeier, Nr. 26.

43 Zum Westfalenbund bereits früher ausführlich *Krüger* (wie Anm. 7), S. 98-113, ohne jedoch den überaus reichhaltigen Nachlaß von Ferdinand Freiherr von Lüninck ausgewertet haben zu können.

beim Amtsgericht Münster in das Vereinsregister eingetragen wurde. Erster Leiter des Westfalenbundes war der Beckumer Kaufmann Heinrich Illigens, der Kneer mit der Geschäftsführung beauftragte. 1923 und 1924 führte dann Ferdinand Freiherr von Lüninck den Westfalenbund.⁴⁴ Der Bundesleiter bildete zusammen mit dem Schatzmeister – Zeit des Bestehens des Bundes war dies der Münsteraner Geschichtspräsident Dr. Karl Voigt – den Vorstand. Wichtigstes Entscheidungsgremium war der Verwaltungsrat, dem neben den Vorstandsmitgliedern die acht Gauleiter und die Leiter selbständiger Dienststellen angehörten. Die vertikale Gliederung fand ihre Fortsetzung bei den Gauleitern, denen die Kreisleiter unterstanden, welche wiederum die Ortsgruppenleiter oder Vertrauensmänner unter sich hatten. Entsprechend war das Bundesgebiet eingeteilt in Gauen, Kreise und Ortsgruppen. Von Mitte 1922 an war das Bundesgebiet in die acht Gauen Westmünsterland, Münster(-Stadt), Münsterland-Ost (später Münster-Land), Arnsberg-Nord und -Süd, Nethegau (Höxter), Paderborn, Minden-Ravensberg und Detmold gegliedert, wobei sich der Westfalenbund im letztgenannten Gau „Cheruskerbund“ nannte.

Nach Angaben der Überwachungsbehörden gehörten dem Westfalenbund „Mitglieder aller bürgerlichen Parteien“ an;⁴⁵ nähere Angaben, auch zur Mitgliederstruktur sind nicht möglich, sieht man einmal davon ab, daß im agrarischen Westmünsterland Landwirte eindeutig dominierten. Immerhin scheint es sicher, daß eine ganze Reihe westfälischer Adliger zunächst den Westfalenbund im Hintergrund unterstützte, daß diese Unterstützung aber im Laufe der Zeit deutlich nachließ.

Überhaupt wird nicht offenbar, woher der Westfalenbund seine anfänglich recht erheblichen Finanzmittel erhielt. Zuwendungen aus Adelskreisen, aus der Führungsetage des Wicking-Konzerns,⁴⁶ von der Textilindustrie des Westmünsterlandes⁴⁷ und aus der Landwirtschaft⁴⁸ lassen sich belegen, doch waren dies keine regelmäßigen Zahlungen. 1921 und 1922 war der Westfalenbund gleichwohl in der Lage, einen vergleichsweise großen Apparat hauptamtlicher Angestellter zu unterhalten, die nach Beamtentarif besoldet wurden.⁴⁹ Es wurden Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeiter bis hin zur Übernah-

44 Zur Person, jedoch ohne Würdigung seiner Tätigkeit für den Westfalenbund, Ekkehard *Klaus*: Vom Bündnispartner zum „Hochverräter“. Der Weg des konservativen Widerstandskämpfers Ferdinand von Lüninck, in: *Westfälische Forschungen* 43 (1993), S. 530-571, insbesondere S. 535.

45 Oberpräsident der Provinz Westfalen an Preußischen Minister des Innern, Münster, 15. Mai 1923, in: StAM, Regierung Arnsberg, Nr. 14426.

46 Dr. Schäfer, Hauptgeschäftsführer des Westfalenbundes, an Ferdinand von Lüninck, Münster, 21. Dezember 1923, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764.

47 Kurt von Heeringen, Hauptgeschäftsführer des Westfalenbundes, an Ferdinand von Lüninck, Hiltrup, 26. Juni 1923, in: Ebd.

48 Dr. Schäfer, Hauptgeschäftsführer des Westfalenbundes, an Ferdinand von Lüninck, Münster, 25. September 1923, in: Ebd. Siehe auch Heinrich Illigens an Ferdinand von Lüninck, Beckum, 25. August 1924, in: Ebd., Nr. 766.

49 Dr. Schäfer, Hauptgeschäftsführer des Westfalenbundes, an Ferdinand von Lüninck, Münster, 8. November 1924, in: Ebd. Der erste Hauptgeschäftsführer Kurt von Heeringen war nach Gruppe 10 der Gehaltsstufen für Beamte angestellt worden.

me ihrer Kurkosten bezahlt sowie Betriebsgelder und Dispositionsfonds für die einzelnen Gauleitungen in monatlich vierstelliger Höhe bereitgestellt. Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß der Westfalenbund Mittel erhielt, die den weiterhin im Geheimen arbeitenden Leitungen der aufgelösten Organisation Escherich in München und Berlin aus nicht zu identifizierenden Quellen zuflossen. Sicher ist jedenfalls, daß Mitgliederbeiträge nur eine sehr untergeordnete Rolle bei der Finanzierung des Bundes spielten. Der Cheruskerbund, der den Gau Detmold des Westfalenbundes bildete, war nach der rückblickenden Aussage seines Leiters „allzulange – bis tief in die Inflationszeit – durch die Zuschüsse aus Industrie und Landwirtschaft verwöhnt worden, so daß er sich mit minimalen und mehr gelegentlichen Mitgliederbeiträgen begnügen konnte“.⁵⁰

Über die Aktivitäten des Westfalenbundes an der Basis, in den Ortsgruppen, sind wir nur sehr spärlich unterrichtet. Nach den Vorstellungen der Bundesführung wollte man „auch auf den Geist des Volkes einwirken“.⁵¹ Wie dies im einzelnen aussah, läßt sich nur erahnen. Das Programm einiger Familienabende, die jeweils für Mitglieder und Sympathisanten aus einem Kreis oder Gau veranstaltet wurden, bestand aus einer Abfolge von Vorträgen, musikalischen Darbietungen und gemeinschaftlichem Absingen patriotischer und volkstümlicher Lieder. Der Rubrik „Aus dem Verbandsleben“ im 1924 erscheinenden „Nachrichtenblatt des Westfalenbundes und des Cheruskerbundes Lippe“⁵² läßt sich lediglich entnehmen, daß die Ortsgruppen zu dieser Zeit monatliche Pflichtversammlungen abhielten. Eine dort veröffentlichte Liste von Rednern, die sich bereit erklärt hatten, in den Versammlungen des Westfalenbundes zu sprechen, vermittelt zumindest einen tendenziellen Eindruck von der „Aufklärungsarbeit“ des Bundes. Die zur Auswahl stehenden Themen lauteten: „Skagerrak“ (Admiral a. D. Höpfner, Hildesheim), „Ostafrika“ (Freiherr von Oeynhausen, Schloß Grevenburg bei Steinheim), „Unsere Toten im Weltkriege und unsere Pflicht“, „Religion und Heimat“, „Wege zur Gesundheit“, „Deutsches Wesen und deutsche Art“, „Über Zweck und Ziele des Westfalenbundes“ (Oberstudiendirektor Dr. Schäfer, Münster), „Der Volkskrieg 1809“ (Oberstleutnant a. D. Schröder, Detmold), „Die Seele des Arbeiters“ (Major a. D. Borchers, Detmold), „Miliz oder stehendes Heer“ (Oberst a. D. Goetze, Bückeberg), „Westfalens Not vor 100 Jahren“ (Studienrat Dr. Thoma, Paderborn), „Die Einrichtung von Kleinkaliberschießvereinen“ (von Mansberg, Lüttmarsen).

Hermann Freiherr von Lüninck charakterisierte den Westfalenbund 1974 rückblickend als „mehr eine historisch-kulturpolitische Vereinigung, die aber

50 Stahlhelm, Landesverband Westfalen, Gau Cheruskerland, Gauführer Teudt, an Stahlhelm-Landesverbandsführung Westfalen, Eduard Kreuter und Ferdinand von Lüninck, Detmold, 12. Februar 1925, in: Ebd., Nr. 770.

51 Kurt von Heeringen, Hauptgeschäftsführer des Westfalenbundes, an Heinrich Glasmeier, o. O., 10. November 1921, in: ALWL, NL Dr. Heinrich Glasmeier, Nr. 26.

52 Folgende Nummern finden sich in AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764: Nr. 2, Mitte März 1924; Nr. 3, 10. April 1924; Nr. 4, 28. April 1924; Nr. 5, 15. Mai 1924; Nr. 6, 31. Mai 1924; Nr. 7, 15. Juni 1924; Nr. 8, 30. Juni 1924; Nr. 9, 15. Juli 1924; Nr. 12, 31. August 1924; Nr. 13, 15. September 1924; Nr. 14, 30. September 1924.

[...] eher nach rechts tendierte in ihrer Grundhaltung“.⁵³ Diese Einschätzung korrespondiert in ihrer Tendenz mit den genannten Vortragsthemen und deckt sich durchaus mit den Beobachtungen staatlicher Stellen, die den Westfalenbund „im Vergleich zu den anderen Rechtsorganisationen in Westfalen als gemäßigt“ ansahen.⁵⁴ Für eine eingehende Analyse der ideologischen Ausrichtung und der programmatischen Zielsetzung des Westfalenbundes liegen nur verhältnismäßig wenig Dokumente vor. Anhand ihrer läßt sich aber dennoch ein etwas differenzierteres Bild zeichnen:⁵⁵

Bei den vaterländischen Verbänden bestand die Nagelprobe aus der Stellung zur sogenannten „Judenfrage“. Daher fanden Juden selbstverständlich keine Aufnahme im Westfalenbund, und als solches vom „Hochmeister“ des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, unterstellt wurde, hatte dies wütende Proteste der Bundesleitung zur Folge. Der Westfalenbund folgte der von Georg Escherich ausgegebenen Linie: Der „jüdische Geist“ sei die „gefährlichste Seuche für das deutsche Volk“; ihn zu bekämpfen, „ohne jedoch in das Fahrwasser der Deutsch-Völkischen zu verfallen“ sei die Hauptaufgabe,⁵⁶ womit den rasseantisemitisch begründeten Plänen der Deutschvölkischen zur rücksichtslosen Ausgrenzung des Judentums eine Absage erteilt wurde. Allerdings gehörten auch der Kampf gegen die „Vorherrschaft des Judentums im Innern“ und die „Säuberung des deutschen Bodens von allen unerwünschten Ausländern, besonders den Ostjuden“, zu den Forderungen des Westfalenbundes.⁵⁷

Eine unmißverständliche Absage wurde der Republik von Weimar zuteil: „Die Ideen und Errungenschaften der Revolution“ hätten sich „sämtlich als schädliche Trugbilder erwiesen“; Demokratie und Parlamentarismus hätten „kurzlebige, schlecht orientierte und zwiespältige Regierungen“ gebracht, „die den großen Aufgaben der deutschen Notzeit nicht entfernt gewachsen waren“; der Reichstag wurde als „eine würdelose Schwatzbude“ diffamiert. „Wir halten nichts vom Parteiwesen und verabscheuen die Volksverhetzung, die jede Wahl mit sich zu bringen pflegt.“ „Internationalismus“, „marxistischem Klassenkampf“ und den „Machenschaften des internationalen Kapitals“ wurde der Kampf angesagt. Demgegenüber wurde eine „starke Regierungsgewalt, die über

53 In einem Interview von 1974 mit Friedrich *Keinemann*: Soziale und politische Geschichte des westfälischen Adels 1815-1945, Hamm 1976, S. 317.

54 Oberpräsident der Provinz Westfalen an Preußischen Minister des Innern, Münster, 15. Mai 1923, in: StAM, Regierung Arnsberg, Nr. 14426. Ähnliche Einschätzungen: Oberpräsident der Provinz Westfalen an Regierungspräsident in Arnsberg, Münster, 28. April 1924, in: Ebd., Nr. 14429; Polizeibericht, Münster, 16. Mai 1924, in: Ebd., Nr. 14426.

55 Zum Folgenden *Krüger* (wie Anm. 7), S. 102-108, 111f.

56 Protokoll der Verwaltungsratsitzung des Westfalenbundes am 30. April 1922 in Lippstadt, in: ALWL, NL Dr. Heinrich Glasmeier, Nr. 27.

57 „Überparteiliches Programm für die Reichstagswahlen am 4. Mai 1924“, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764. Dieses Flugblatt wurde zwar über die Detmolder Geschäftsstelle des Deutschbundes vertrieben, repräsentierte jedoch eine gemeinsame Stellungnahme der im Nordwestbund zusammengeschlossenen Kampfverbände und war von der Führung des Westfalenbundes erarbeitet worden.

dem Parteigetriebe stehend befähigt ist, eine einheitliche kraftvolle Politik nach außen und nach innen durchzuführen“, gefordert.⁵⁸

Das politische Denken der Führung des Westfalenbundes wurde von den Ideen der sogenannten „Jungkonservativen“ um Arthur Moeller van den Bruck im Berliner „Juniklub“ und dem dazugehörigen „Politischen Kolleg“ unter Leitung von Professor Martin Spahn beeinflusst. Diese „bedeutendste antidemokratische Ideenzentrale der frühen Jahre der Weimarer Republik“ spannt „sehr viele Fäden in alle möglichen Organisationen und Bünde“,⁵⁹ so auch zum Westfalenbund. Die Führung des Westfalenbundes, insbesondere Ferdinand Freiherr von Lüninck, unterhielt recht enge Kontakte zu einigen der führenden Intellektuellen der Jungkonservativen wie Martin Spahn, Heinrich von Gleichen-Rußwurm und Eduard Stadtler. Vor allem die mit dem Gedanken an einen „Ständestaat“ verknüpfte Idee einer „Volksgemeinschaft“, die in programmatischen Aussagen des Westfalenbundes immer wiederkehrt, dürfte auf den Einfluß der Jungkonservativen zurückzuführen sein. Ausgehend von einem „Prinzip der Hierarchie“, das dem demokratischen „Prinzip der Gleichheit“ entgegengesetzt wird, mündet die Idee vom Ständestaat in die Vorstellung vom autoritären Staat, in dem das Volk weitgehend entpolitisiert ist und das Politische zur Domäne des Staates wird. Dank einer entsprechenden „organischen“ Gliederung der Gesellschaft werden größere, das Leben der Volksgemeinschaft hemmende Konflikte ausgeschaltet, alles ist hierarchisch auf die Spitze und damit zugleich auf das Ganze ausgerichtet. Der Staat fällt souverän und zum Wohle des Ganzen seine Entscheidungen.⁶⁰

Im Endstadium des Krisenjahres 1923 wurde anscheinend ein Versuch unternommen, diese ständestaatlichen Ideen ihrer Verwirklichung näher zu bringen. Zu einer „Aussprache politischer Führer der Kampfverbände aus dem ganzen Reich“⁶¹ beim Grafen Solms in Laubach (Hessen) am 28. Oktober 1923 wurde auch Ferdinand Freiherr von Lüninck als Leiter des Westfalenbundes von dem führenden jungkonservativen Ideologen Heinrich von Gleichen-Rußwurm eingeladen.⁶² Auch Adolf Hitler hatte eine Einladung erhalten, erschien jedoch

58 Ebd.

59 Kurt *Sontheimer*: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, TB-Ausg., 2. Aufl. München 1983, S. 32.

60 Ebd., S. 200-203.

61 Georg Friedrich Graf Solms-Laubach an Adolf Hitler, Laubach, 9. Oktober 1923, Kopie in: Bruno W. *Reimann* u. a.: Antisemitismus und Nationalsozialismus in der Gießener Region. Katalog zur Ausstellung, 2. Aufl. Gießen 1991 (= Materialien zur sozialen und politischen Geschichte, 2), S. 170.

62 Heinrich von Gleichen-Rußwurm an Ferdinand von Lüninck, Berlin, 19. Oktober 1923; Otto Heyer an Ferdinand von Lüninck, Bad Oeynhausen, 20. Oktober 1923; Heinrich von Gleichen-Rußwurm an Ferdinand von Lüninck, Berlin, 22. Oktober 1923, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 822. – Ferdinand Freiherr von Lüninck versicherte sich seitens des Westfalenbundes vor seiner Teilnahme der Zustimmung Georg Escherichs, die dieser unter der Voraussetzung erteilte, „daß Bremen [gemeint ist Admiral a. D. Prinz Heinrich von Preußen, der frühere Leiter der Nordwestgruppe der Organisation Escherich] verständigt wird und einverstanden ist“; Ferdinand von Lüninck an Georg Escherich, Ostwig, 21. Oktober 1923; Georg Escherich an Ferdinand von Lüninck, München, 25. Oktober 1923, in: Ebd. Die alten Orgesch-Strukturen waren somit auf der Führungsebene noch immer rudimentär erhalten, ihnen kam jedoch kaum noch praktische Bedeutung zu.

nicht, ebenso der wohl ebenfalls geladene General a. D. Erich Ludendorff. Die Tagung dieser Verbände, die angeblich „eindeutig eine Gewaltaktion ablehnten“, wurde von Admiral a. D. Prinz Heinrich von Preußen geleitet, dem früheren Leiter der Gruppe Nordwest der Organisation Escherich; ferner ist die Anwesenheit des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt(-Hannover) belegt.⁶³

Als Ergebnis dieser Besprechung wurde Anfang November 1923 in Hannover unter anscheinend maßgeblicher Beteiligung des Westfalenbund-Führers Ferdinand Freiherr von Lüninck der „Nordwestbund“ gegründet, in dem sich nationale Kampfverbände von Mecklenburg bis Hessen zu einer lockeren Gemeinschaft zusammenschlossen; den Kern dieses Zusammenschlusses bildeten die Kampfverbände Westfalens und Hannovers. Gemäß späterer Aussagen war er „ausdrücklich als Kampfverband gedacht“,⁶⁴ „um alle vaterländischen Männer in gewissen Fällen zusammenzufassen gegen Kommunisten und ähnliche Leute, um allgemeines Unheil zu verhüten“.⁶⁵ Diesem „Nordwestbund“ kam, abgesehen von der Abhaltung eines größeren „Deutschen Tages“ in Hannover im Februar 1924,⁶⁶ keine praktische Bedeutung zu, wenngleich er bis mindestens in den Herbst 1924 hinein nominell Bestand hatte.

Interessant wird der Nordwestbund jedoch wegen der mit ihm verfolgten politischen Absichten. Zum Vorbild wurde nämlich ausdrücklich der „Deutsche Kampfbund“ genommen, der sich auf dem „Deutschen Tag“ in Nürnberg am 1./2. September 1923 aus dem Zusammenschluß von SA, Bund Oberland und Reichsflagge gebildet hatte; ihm wollte man unter bestimmten Bedingungen sogar beitreten. Ziel war der föderalistische Zusammenschluß aller deutschen Kampfbünde unter eine gemeinsame Leitung; dies sollte „baldigst unter Ausnutzung der augenblicklichen politischen Kampflage erreicht werden u[nd] zum Durchstoß zur Macht führen“. In General a. D. Erich Ludendorff wurde zwar „die bestimmende Führerpersönlichkeit“ gesehen, die „zu vereinbarende gemeinsame Leitung“ sollte allerdings nicht ihm anheim fallen;⁶⁷ im Gegenteil distanzierte sich Westfalenbund-Führer Ferdinand Freiherr von Lüninck mehrfach nachdrücklich von Ludendorff als politischem Führer, erst recht nach dem

63 Otto Schmidt(-Hannover): Umdenken oder Anarchie. Männer – Schicksale – Lehren, Göttingen 1959, S. 178. Sofern nicht zwei Tagungen beim Grafen Solms stattgefunden haben, irrt Schmidt-Hannover sich allerdings, daß diese Besprechung vom 6. bis 8. November 1923 abgehalten wurde.

64 Ferdinand von Lüninck an Otto Heyer, Ostwig, 7. Oktober 1924, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 770.

65 Eduard Kreuter an Ferdinand von Lüninck, Münster, 9. Oktober 1924, in: Ebd.

66 Siehe den ausführlichen Bericht „Deutscher Tag der nordwestdeutschen vaterländischen Verbände“, in: Niederdeutsche Zeitung, Nr. 36, 12. Februar 1924.

67 Siehe die undatierten handschriftlichen Notizen Ferdinand von Lünincks (einmal „Nordwestbund“ betitelt, zum anderen auf zwei Flugblätter des Deutschen Kampfbundes vom 26. und 29. September 1923 bezogen) in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 822. Zu Ludendorffs Rolle als aus dem Hintergrund heraus agierendem Drahtzieher weitreichender gegenrevolutionärer Bestrebungen siehe Bruno Thoss: Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978 (= Miscellanea Bavarica Monacensia, 78).

gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8./9. November 1923,⁶⁸ über dessen Ausgang er sich insofern „recht befriedigt“ zeigte, als er „die Beseitigung der ultraradikalen Gefahr“ gebracht habe.⁶⁹ Zu Ludendorff unterhielt der Nordwestbund nach dem Münchener Putsch keine Beziehungen mehr.⁷⁰

Die politische Führung des Nordwestbundes sollte vielmehr in den Händen der jungkonservativen Ideologen Heinrich von Gleichen-Rußwurm und Martin Spahn aus dem Berliner „Juniklub“ und dem Politischen Kolleg liegen.⁷¹ Zu Heinrich von Gleichen-Rußwurm besaß die Führung des Nordwestbundes „ständig Verbindung und Fühlung“, allerdings blieb dieser ein „zugesagtes Programm für unsere Mitglieder“ schuldig.⁷² Als militärischer Führer wurde nach dem Hitler-Ludendorff-Putsch der „Held von Ostafrika“, General a. D. Paul von Lettow-Vorbeck, ins Auge gefaßt, doch lehnte dieser nach Vorgesprächen mit Admiral a. D. Prinz Heinrich von Preußen, einem der Führer des Nordwestbundes, ab.⁷³ Daher war diesem Versuch der Jungkonservativen, auf die politische Entwicklung des Jahres 1923 direkt Einfluß zu nehmen, ebensowenig Erfolg beschieden wie anderen Umsturzplanungen, an denen sie beteiligt waren.⁷⁴ Mitte Januar 1924 bedauerte Westfalenbund-Führer Ferdinand Freiherr von Lüninck, daß „der große Moment Ende Oktober v[origen] J[ahres] verpaßt worden war“, denn durch den Münchener Putsch wäre nunmehr „die ganze vaterländische Bewegung neutralisiert [...] durch ihre inneren Kämpfe“.⁷⁵

Die Vorgänge um den Nordwestbund lassen erahnen, daß es sich bei dem Westfalenbund wohl doch um mehr als nur um eine „historisch-kulturpolitische Vereinigung“ gehandelt haben muß.

2. Die militärische Struktur

In der Tat war die zivile, öffentliche Organisation des Westfalenbundes nur seine eine Seite. Neben ihr existierte nämlich auf jeden Fall in den Jahren 1921 und 1922 zumindest auf dem Papier auch eine militärische Organisation, die die Be-

68 Ferdinand von Lüninck an Leopold von Caprivi, Ostwig, 11. und 25. November 1923; Ferdinand von Lüninck an Dr. Schäfer, Ostwig, 25. November 1923, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764.

69 Ferdinand von Lüninck an Professor Karl Voigt, Ostwig, 11. November 1923, in: Ebd.

70 Otto Heyer an Ferdinand von Lüninck, Bad Oeynhausen, 5. Oktober 1924, in: Ebd., Nr. 822.

71 Ferdinand von Lüninck an Leopold von Caprivi, Ostwig, 5. November 1923, in: Ebd., Nr. 764.

72 Otto Heyer an Ferdinand von Lüninck, Bad Oeynhausen, 23. Dezember 1923, in: Ebd., Nr. 822. Bezeichnenderweise wurde Ferdinand von Lüninck durch ein Telegramm der Berliner Jungkonservativen über den Ausbruch des Hitler-Ludendorff-Putsches in München unterrichtet; dringendes Telegramm an Ferdinand von Lüninck aus Berlin-Spandau, 9. November 1923, 10.50 Uhr vormittags, in: Ebd.

73 Ferdinand von Lüninck an Otto Heyer, Ostwig, 18. Dezember 1923; Otto Heyer an Ferdinand von Lüninck, Bad Oeynhausen, 23. Dezember 1923, in: Ebd.

74 Siehe Gabriele *Clemens*: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, R. B, 37), S. 82-84.

75 Ferdinand von Lüninck an Admiral a. D. Prinz Heinrich von Preußen, Ostwig, 17. Januar 1924, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 822.

strebungen der Orgesch fortführte. Mit militärischen Angelegenheiten war ausschließlich der militärische Gauleiter befaßt, der in Abstimmung mit dem zivilen Gauleiter, aber unabhängig von der gesamten zivilen Organisation tätig war. Zu seinen Hauptaufgaben gehörte die „Wiedereinrichtung großer, stiller Bezirkskommandos“ und die „eingehende Mobilmachung für den Kampffall“.⁷⁶ Hierzu gehörte auch das Anlegen von Waffenlagern. Wir verfügen sogar über ein Inventar von insgesamt neun Waffenlagern im Gau Westmünsterland vermutlich aus dem Jahr 1922.⁷⁷ Danach standen dem Westfalenbund dort insgesamt 283 Gewehre, 37 schwere und leichte Maschinengewehre, 5 Revolverkanonen, 650 Handgranaten und rund 150 000 Schuß Munition zur Verfügung. Alle Depots lagen in der Umgebung von Haltern in den waldreichen Gegenden der Hohen Mark und der Ausläufer der Haard und zwar mit einer Ausnahme entlang der Lippelinie, die es bei einem etwaigen neuen Aufstand im Ruhrgebiet zu verteidigen galt.

Die Waffen, über die der Westfalenbund verfügte, gehörten teilweise dem Bund, teilweise waren sie ihm von der Reichswehr „zu treuen Händen“ übergeben worden, um sie dem Zugriff der Interalliierten Militärkontrollkommission (IMKK), die die Einhaltung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages überwachen sollte, zu entziehen. Anfang November 1923 forderte beispielsweise das Infanterie-Bataillon Bückeberg 600 Gewehre aus den Verstecken des Westfalenbundes an, wobei sich in einem Lager bei Bad Oeynhausen allein 1 200 Gewehre befanden. Allerdings wurde die Lagerung nicht immer sachgemäß durchgeführt. Im genannten Fall stellte sich heraus, daß die dort versteckten Waffen teils eingegraben, teils eingemauert waren, und sich daher in keinem brauchbaren Zustand befanden.⁷⁸

Das Vorhandensein von Waffenbeständen war an der Basis anscheinend ein offenes Geheimnis. So wurde die Ortsgruppe Rheine, immerhin 300 Mann stark, durch die Weigerung der Hauptgeschäftsstelle, „Spielwaren“ zu beschaffen, vergrämt“ und schief ein.⁷⁹ Und im Frühjahr 1924 fragte Major a. D. von Heuß, Geschäftsführer des Nethegaus, bei Bundesführer von Lüninck an, „ob in der Frage der ‚Kartoffelbehandlung‘ eine Änderung eingetreten ist. In Paderborn möchte man damit beliefert werden, da dort entsprechend den neuen Aufgaben Mangel an Kartoffeln herrscht. Die Gründe, die bezüglich der sachgemäßen Lagerung ins Feld geführt werden, sind ja einleuchtend.“⁸⁰ Möglicherweise hängt die Anforderung von „Kartoffeln“ durch Paderborn wegen der „neuen Aufga-

76 „Richtlinien für die zukünftige Arbeit des ‚Westfalenbundes‘ (W. B.)“, ungezeichnet, undatiert (vermutlich 1921), in: ALWL, NL Dr. Heinrich Glasmeier, Nr. 26.

77 Ungezeichnet, undatiert, wahrscheinlich von Dr. Heinrich Glasmeier, dem militärischen Leiter des Gaus Westmünsterland, stammend, in: Ebd., Nr. 27.

78 Friedrich Klopp, Geschäftsführer des Gaus Minden-Ravensberg, an Ferdinand von Lüninck, Minden, 3. und 13. Dezember 1923, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 822.

79 Freiherr von der Kettenburg: „Westfalenbund. Gau Münster-Land“, Münster, 23. August 1924, in: Ebd., Nr. 766.

80 Major a. D. von Heuß, Geschäftsführer des Nethegaus, an Ferdinand von Lüninck, Godelheim, 13. April 1924, in: Ebd., Nr. 764. Daß mit der Tarnbezeichnung „Kartoffeln“ tatsächlich Gewehre, genauer wohl: Karabiner, gemeint waren, geht hervor aus den Schreiben von Heinrich Illigens an Ferdinand von Lüninck, Beckum, 25. August 1924 und 8. Februar 1925, in: Ebd., Nr. 766: „Im

ben“ damit zusammen, daß von der dortigen Reichswheergarnison vielleicht in der Senne militärische Ausbildungskurse für Mitglieder des Westfalenbundes durchgeführt wurden, denn im Frühjahr 1924 bahnte sich „neuerdings ein gutes Einvernehmen“ mit der Reichswehr in Paderborn an.⁸¹ Noch Anfang 1925 drückten jedenfalls den ehemaligen Cheruskerbund und einzelne seiner Mitglieder Schulden, „die von den hohen Ausgaben für die Reichwehrkurse im Frühjahr 24“ herrührten.⁸² Im Auftrag und im Sold des Wehrkreiskommandos VI in Münster hielten außerdem zwei ehemalige höhere Offiziere, so der frühere Kommandeur des in Detmold stationierten Reichswehr-Bataillons, Oberstleutnant Schröder, Vorträge in den ostwestfälisch-lippischen Ortsgruppen des Westfalenbundes und nahmen Einfluß auf den nicht näher bestimmten „Sportbetrieb“ des Bundes; hierunter muß man sich wohl „Wehrsport“ in Form von Geländespielen, Märschen und Kleinkaliberschießsport vorstellen.⁸³

In nicht genau zu bestimmendem Umfang wurde der militärische Apparat des Westfalenbundes für den Ruhrkampf des Jahres 1923 aktiviert. Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französisches und belgisches Militär beantwortete die Reichsregierung mit dem Aufruf zum passiven Widerstand. Neben dem passiven wurde aber auch insgeheim ein aktiver Widerstand mittels Sabotageaktionen organisiert, der von Teilen der Reichsregierung gefördert, von der Reichswehr unterstützt und von den Kampfverbänden getragen wurde. An dieser Sabotagearbeit war nachweislich die Münsteraner Ortsgruppe des Westfalenbundes beteiligt.⁸⁴ Ferner betrieb der Westfalenbund gegen die Besatzungsmächte gerichtete Propagandaarbeit. Es wurden wahrscheinlich Klebezettel, auf denen die französische „Politik der produktiven Pfänder“ lächerlich gemacht wurde, hergestellt, die im Ruhrgebiet heimlich geklebt wurden.⁸⁵ Außerdem wurden im

Herbste 21 wurde ein Herr Horn, Organisations-Offizier des W. B., beim Transport von ‚Kartoffeln‘ in Arnsberg erwischt und verhaftet bzw. mehrere Monate in Untersuchung gehalten“ (Schreiben vom 8. Februar 1925) bzw. „[...] welcher bei einer Waffenschiebung größeren Styles im Herbst 21 in Arnsberg verhaftet wurde [...]“ (Schreiben vom 25. August 1924).

81 Major a. D. von Heuß, Geschäftsführer des Nethegaus, an Ferdinand von Lüninck, Godelheim, 13. April 1924, in: Ebd., Nr. 764.

82 Stahlhelm, Landesverband Westfalen, Gau Cheruskerbund, Gauführer Teudt, an Stahlhelm, Landesverband Westfalen, Eduard Kreuter und Ferdinand von Lüninck, Detmold, 12. Februar 1925, in: Ebd., Nr. 770.

83 Major a. D. von Heuß, Geschäftsführer des Nethegaus, an Ferdinand von Lüninck, Godelheim, 13. April 1924, in: Ebd., Nr. 764. Der Rednerliste des Westfalenbundes ist zu entnehmen, daß Oberstleutnant a. D. Schröder, Detmold, zum Thema „Der Volkskrieg 1809“ und Oberst a. D. Goetze, Bückeberg, über „Miliz oder stehendes Heer“ sprachen. – Zu den Beziehungen der Westfalenbund-Führung zum Wehrkreiskommando VI in Münster siehe auch: Leopold von Caprivi an Ferdinand von Lüninck, Münster, 18. September 1923; Dr. Schäfer, Hauptgeschäftsführer des Westfalenbundes, an Ferdinand von Lüninck, Münster, 21. Dezember 1923; Ferdinand von Lüninck an Dr. Schäfer, Ostwig, 2. Januar 1924, in: Ebd.

84 Gemäß einer Stärkeaufstellung der Sabotageeinheiten in der Stadt Münster aus der Zeit unmittelbar vor Abbruch des passiven Widerstands am 26. September 1923 stellte der Westfalenbund dort zwei von dreizehn Stoßtrupps: „Stärkeaufstellung“ für Münster-Stadt (nach dem 18. September 1923), in: StAM, Zentrale Nord, Nachrichtenstelle, Nr. 2. Hierzu Krüger (wie Anm. 7), S. 181f.

85 Hierauf deuten wenigstens mehrere aufgefundene Klebezettel. Ein Klebezettel „Als der Franzmann frech geworden, Simserim [...]“, in: AvFG, NL Wilderich von Fürstenberg, unverzeichnet; zwei Klebezettel (1.: „Ein Glücklicher! Schon wieder ein Stückchen Kohle! Das zweite in 3 Monaten! Für das

Westfalenbund wie auch andernorts Überlegungen zu einer „Bartholomäusnacht“ beziehungsweise „Sizilianischen Vesper“ unter den Besatzungstruppen angestellt, welche den Auftakt zu einem „Volkskrieg“ bilden sollte, der „den Verzweiflungskampf“ in einen „erfolgreichen Befreiungskampf“ umwandeln sollte.⁸⁶ Diese Gedanken blieben aber ebenso theoretischer Natur wie ein „Das Notjahr“ betitelter Katalog „außergewöhnlicher Maßnahmen“, die während einer einjährigen Diktatur ergriffen werden sollten, um den „völlige[n] Zerfall unseres Staatswesens und das Versinken der Bevölkerung in namenloses Elend“ zu verhindern.⁸⁷ Dem Westfalenbund fehlte es sowohl an Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik als auch an der nötigen Bedeutung, um den Überlegungen Gewicht zu verleihen.

Vielmehr brachte das Jahr 1923 den Westfalenbund an den Rand des Zusammenbruchs. Statt „ein möglichst lückenloses Netz“ von Funktionären des Bundes aufbauen zu können, was auf einer Beratung in Detmold am 7. März als Hauptaufgabe angesehen wurde,⁸⁸ kam im Gegenteil die Kommunikation zwischen Führung und Basis aus Geldmangel infolge der Hyperinflation weitgehend zum Erliegen. Der Schriftwechsel dieser Zeit ist eine einzige Litanei von Klagen über die miserabele finanzielle Lage des Bundes. Schwer traf den Bund, daß die finanzielle Förderung durch eine nicht näher zu identifizierende Berliner (Regierungs- oder Reichswehr-?)Stelle nach dem September eingestellt wurde.⁸⁹ Zudem hatten die Mitglieder an der Basis ganz einfach andere Sorgen, als sich um das Wohlergehen des Bundes zu kümmern. Versuchen, adlige Grundbesitzer zu Sachleistungen in Zentnern Roggen oder Festmetern Holz zu veranlassen, um die Geldentwertung zu umgehen, war kein sonderlicher Erfolg beschieden.

3. Ein „Begräbnis I. Klasse“: Das Ende des Westfalenbundes

Wenngleich der Westfalenbund das Krisenjahr 1923 überstand, so war er stark angeschlagen. Auch nach der Währungsstabilisierung erwies es sich als beinahe unmöglich, einen gesicherten Etat für die Bundesführung aufzustellen, da den grob geschätzten Ausgaben von 7000 Goldmark⁹⁰ keine regelmäßigen festen

dritte hat mein General mir die Ehrenlegion versprochen“, 2.: „Nach drei Monaten / Endlich ein Stück Kohle aus diesem schwarzen Revier!“), in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764.

86 Fünfeiteige, ungezeichnete Denkschrift, Maschinenschrift mit handschriftlichen Korrekturen Ferdinand von Lünincks, o. O. u. D., in: Ebd. Siehe auch *Krüger* (wie Anm. 7), S. 178f.

87 „Das Notjahr“, zweiseitige, ungezeichnete Denkschrift, Maschinenschrift mit handschriftlichen Korrekturen Ferdinand von Lünincks, o. O. u. D., in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764.

88 „Zusammenfassung der bei der Beratung am 7. März in Detmold zum Ausdruck gekommenen Gedanken und einiger daran sich anschließender Folgerungen“, ungezeichnet, o. O. u. D., in: Ebd.

89 Albert Hofmann an Kurt von Heeringen, Hauptgeschäftsführer des Westfalenbundes, Berlin, 23. August 1923, in: Ebd. Ob die Einstellung der Zahlungen an den Westfalenbund mit dem Abbruch des passiven Widerstands im Ruhrgebiet in einem Zusammenhang steht, ist zwar zu vermuten, läßt sich aber derzeit nicht belegen.

90 „Etat für das Jahr 1924“, in: Ebd.

Fässig, Gehalt

2000 GM

Schäfer, Gehalt

2000 GM

Einnahmen gegenübergestellt werden konnten. Über den tatsächlichen Umfang der Organisation besaß wohl selbst die Bundesleitung keinen genauen Überblick mehr. Vereinzelt vagen Erfolgsmeldungen („Im übrigen schreitet die Arbeit innerhalb der Gaue Arnsberg-Nord und -Süd des Westfalens zum Wohle des Bundes in jeder Beziehung gut vorwärts“;⁹¹ „Die Bundesarbeit nimmt im Paderbornerland eben immer größeren Umfang an“⁹²) steht das Urteil außenstehender, dem Westfalenbund jedoch wohlmeinender Personen gegenüber: Dieser sei „nur im Sauerlande“, im Kreis Höxter (Nethegau), „in Lippe und um Minden ernst zu nehmen“. „In Soest, Hamm sei nichts mehr, ebenso in Bielefeld, in Münster hätte er den Charakter eines gemütlichen Vereins“.⁹³

Praktisch von Anbeginn hatte der Westfalenbund mit seiner mangelnden Attraktivität zu kämpfen. Ganze zwei Wochen nach seiner Gründung wurde erste Kritik aus den Reihen der jüngeren Offiziere laut, die die Organisation Escherich in Westfalen aufgebaut hatten: „Der Westfalenbund ist entstanden, halten wir uns streng an die Satzungen, so haben wir bald einen Verein, eine Partei mehr in Deutschland [...]. Der Große Gedanke, der im Hasse gegen das Fremdjoch reifen kann, wird durch den Westfalenbund in seinen Satzungen nicht verkörpert.“⁹⁴ Dieser Personenkreis, von dem der erste Hauptgeschäftsführer des Westfalens, Kurt von Heeringen, sagte: „Sie wollen Kampftruppen, weiter nichts“,⁹⁵ spaltete sich Ende 1921/Anfang 1922 ab und gründete den Westfalen-Treibund unter Führung des Münsteraner Juraprofessors Dr. Hubert Naendrup. In der Folgezeit stieg der Westfalen-Treibund zum stärksten nationalen Kampfverband im Münsterland auf⁹⁶ und machte dem Westfalenbund mehrere

Reisekosten für die Herren	
von Caprivi, Fässig und Schäfer	1 200 GM
Sachliche Ausgaben	300 GM
Telephon (Nr. 3348 und 2947)	600 GM
Drucksachen	200 GM
Zeitungen	200 GM
Diverses	500 GM
	zusammen 7 000 GM

91 Ferdinand Leyendecker, Geschäftsführer im Gau Arnsberg-Nord und -Süd, an Ferdinand von Lüninck, Grevenbrück, 26. April 1924, in: Ebd. Siehe auch Leopold von Caprivi an Ferdinand von Lüninck, Münster, 27. Juli 1924, in: Ebd.

92 Major a. D. von Heuß, Geschäftsführer des Nethegaus, an Ferdinand von Lüninck, Godelheim, 13. April 1924, in: Ebd.

93 Dieses Urteil des Obersten a. D. Goetze, Bückeberg, vom Nordwestbund in einem Schreiben von Major a. D. von Heuß, Geschäftsführer des Nethegaus, an Ferdinand von Lüninck, Godelheim, 11. Juni 1924, in: Ebd.

94 Vermutlich an Georg Escherich gerichtete Denkschrift von Josef Böger: „Vom Bund verfassungstreuer Westfalen (Provinzialgruppe der O. E.) zum Westfalenbund“, Münster, 10. August 1921, in: StdAM, NL Dr. Eduard Schulte, Karton III, Mappe 3.

95 Kurt von Heeringen an Heinrich Glasmeier, o. O., 10. November 1921, in: ALWL, NL Dr. Heinrich Glasmeier, Nr. 26.

96 Zum Westfalen-Treibund detailliert Krüger (wie Anm. 7), S. 115-124, 241-243, sowie Grevelhörster (wie Anm. 14), S. 83f.

seiner dortigen Ortsgruppen abspenstig.⁹⁷ Die Erfolge des Westfalen-Treibundes im Münsterland beruhten nach Ansicht des dortigen Westfalenbund-Gauleiters Freiherr von der Kettenburg auf dessen weit intensiverer agitatorischer Arbeit: „Uns fehlen die Leute! Der Treibund hat für weit kleinere Bezirke mehr Agitatoren aus den ‚oberen 10000‘ zur Verfügung wie wir – alte Offiziere, Studenten älterer Semester (Reserveoffiziere) usw., die nichts anderes tun als ihren Bezirk ab[zu]grasen, die Bauern auf[zu]pulvern und ‚Stimmung [zu] machen‘. Dadurch kommt naturgemäß auch wieder mehr an Geldern ein, die weiter werbend angelegt werden können.“⁹⁸

Aus dem Gau Westmünsterland sind schon von Ende 1921 an massive Klagen über die nur schleppend anlaufende Werbetätigkeit des Westfalenbundes überliefert. Resignierend konstatierte Dr. Heinrich Glasmeier, der dortige militärische Gauleiter, Mitte Februar 1922: „Wir reißen die Leute nicht mit. Es fehlt der Führer, der diesen Namen verdient.“⁹⁹

Nach Ansicht des Schatzmeisters des Bundes, Professor Karl Voigt, war die Ursache für den mangelnden Erfolg „in dem ganzen Charakter“ des Bundes zu suchen: „Solange der W.-B. als eine lose Vereinigung betrachtet wird, an deren Veranstaltungen (Versammlungen, Sportübungen usw.) man nach Belieben teilnimmt oder nicht teilnimmt, solange glaube ich auf eine freiwillige zuverlässige Mitarbeit nicht hoffen zu dürfen.“ Er schlug vor, die jüngeren Bundesmitglieder in einem „engeren Ring“ zusammenzufassen „in der Weise, daß da feste Pflichten feierlich übernommen werden, daß Disziplin und auch ein gewisses Maß an ordensähnlichen Formen gewahrt wird usw.“¹⁰⁰

Genau dieses hatte ein anderer nationaler Kampfverband zu bieten, der dem Westfalenbund starke Konkurrenz machte: der Jungdeutsche Orden unter seinem Gründer und Führer Artur Mahraun. Das verbandsinterne Vokabular des Jungdeutschen Ordens (kurz: Jungdo) wie auch manche Äußerlichkeiten waren dem Deutschen Orden entlehnt, wenngleich es unklar bleibt, warum man sich gerade an diesem Ritterorden orientierte. Im Orden galt sowohl das egalisierende Prinzip der „Bruderschaft“ (= Ortsgruppe) als auch die hierarchische Ordnung von „Meistern“ und „Großmeistern“ über die „Komture“ und „Großkomture“ bis hin zum „Hochmeister“. Das im Jungdo verfolgte Prinzip der Gleichheit aller Ordens„brüder“ wurde dadurch unterstrichen, daß sie in schlichter Windjacke ohne Rangabzeichen hinter einer ebenso vergleichsweise schlichten Fahne auftraten, auf der ein schwarzes achteckiges Kreuz als Symbol

97 Siehe die Aufstellung des Gauleiters des Gaus Münster-Land, Freiherr von der Kettenburg: „Westfalenbund. Gau Münster-Land“, Münster, 23. August 1924, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 766: „Everswinkel [wurde] durch Naendrups Auftreten gespalten, mißtrauisch gemacht und abgeschreckt. Rinkerode desgleichen.“

98 Freiherr von der Kettenburg, Gauleiter Münster-Land, an Ferdinand von Lüninck, Münster, 17. Juni 1923, in: Ebd., Nr. 764.

99 Heinrich Glasmeier an Heinrich Mahnken, Dülmen, 15. Februar 1922, in: ALWL, NL Dr. Heinrich Glasmeier, Nr. 27.

100 Professor Karl Voigt, Schatzmeister des Westfalenbundes, an Ferdinand von Lüninck, Münster, 27. August 1923, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764.

der Einheit auf weißem Grund zu sehen war. Hiermit hob sich der Jungdo deutlich von dem wilhelminisch-militärischen Prunk des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten mit seinen Reichskriegsflaggen, seinen Uniformen und Rangabzeichen ab. Gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, in der die Kluft zwischen arm und reich besonders kraß zutage trat, vermochte die im Jungdo praktizierte „Überwindung der Klassengegensätze“ Anziehungskraft auszuüben und den Mitgliedern das Bewußtsein einer sozialen Heimat zu vermitteln.

Die erfolgreiche Werbetätigkeit des Jungdeutschen Ordens auf Kosten des Westfalenbundes ist für den gut dokumentierten Gau Westmünsterland schon vom Herbst 1921 an belegt.¹⁰¹ Ende 1923 schien dem Geschäftsführer des Nethegaus, Major a. D. von Heuß, „das Fortbestehen des Westfalenbundes, zum mindesten im süd-östlichen Westfalen, ernstlich bedroht“, weil die Kommunikation zwischen der Hauptgeschäftsstelle in Münster und den Gauen praktisch zum Erliegen gekommen war, die Mitglieder des Westfalenbundes aber verlangten, „daß wir sie ebenso fleißig mit Nachrichten und Weisungen versehen, wie das beim Jungdeutschen Orden der Fall ist“. von Heuß beobachtete, wie eine „geschickt geleitete Propaganda des Jungdeutschen Ordens“ die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Westfalenbundes „auf diese innere Schwäche unseres Bundes hinzulenken“ wußte. Alarmiert folgerte er: „Ich sage daher nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß wir Gefahr laufen, aus diesem Grunde ganze Ortsgruppen geschlossen zu verlieren“.¹⁰²

Die Bundesleitung trug dem Niedergang des Bundes Rechnung. Wohl ab Mitte 1924 verhandelte sie mit dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten über einen Zusammenschluß, ohne daß etwas über Anlaß und Inhalt der Verhandlungen bekannt wäre. Der Zusammenschluß wurde schließlich mit einer Feier am Hermannsdenkmal am 26. Oktober 1924 offiziell vollzogen.¹⁰³ Durch Beschluß der Hauptversammlung wurde der Westfalenbund dann am 22. November 1924 auch formell aufgelöst und seine Löschung aus dem Vereinsregister beim Amtsgericht Münster beantragt.¹⁰⁴ Zu Liquidatoren wurden Ferdinand Freiherr von Lüninck und der letzte Hauptgeschäftsführer Leopold von Caprivi bestellt, die sich hauptsächlich um die Begleichung der Schulden des Bundes bemühten.

101 Belege bei *Krüger* (wie Anm. 7), S. 114, Anm. 166.

102 Major a. D. von Heuß, Geschäftsführer des Nethegaus, an Ferdinand von Lüninck, Godelheim, 30. November 1923, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 764.

103 Ein Kommentar „Vaterländische Einigung“ in: Westfälische Landeszeitung, Nr. 249, 21. Oktober 1924; ein ausführlicher Bericht „Unter dem Zeichen Hermann des Cheruskers. Vereinigung des Westfalen- und des Cheruskerbundes mit dem ‚Stahlhelm‘“ ebd., Nr. 255, 28. Oktober 1924. Über die Anschlussfeier aus offizieller Sicht des Stahlhelm berichtet Sigmund *Graff*: Gründung und Entwicklung des Bundes, in: *Der Stahlhelm*, Bd. 1: Erinnerungen und Bilder aus den Jahren 1918-1933, hrsg. im Auftrage des Gründers und Bundesführers Franz *Seldte*, 2. Aufl. Berlin 1933, S. 19-107, hier S. 54f. und Abbildung S. 185.

104 Mitteilung Ferdinand von Lünincks an das Amtsgericht Münster, Ostwig, 24. November 1924; Bekanntmachung des Amtsgerichts Münster vom 7. Mai 1925, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 766.

Nach offiziellen Angaben aus Stahlhelmkreisen führte der Anschluß von Westfalenbund, Cheruskerbund und ihres Jugendverbands „Nothung“ dem Stahlhelm mehr als 10 000 neue Mitglieder zu.¹⁰⁵ Diese Zahlenangabe läßt sich zwar nicht nachprüfen, viele Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß sie um einiges zu hoch angesetzt wurde.¹⁰⁶ Die Überführung des Westfalenbundes in den Stahlhelm vollzog sich nämlich keineswegs reibungslos, so daß man auch hier nicht von einer ungebrochenen Kontinuitätslinie sprechen kann. Zwar wünschte Hauptgeschäftsführer von Caprivi Mitte 1924, als sich das Ende des Westfalenbundes abzuzeichnen begann, man möge dem Bund im Falle seines Eingehens oder Aufgehens im Stahlhelm „doch ein Begräbnis I. Klasse besorgen u[nd] nicht mit Schulden u[nd] Zersplitterung nur Reste zum Stahlhelm führen“. Er glaubte, durch Vorabstimmung in den Ortsgruppen und darauf folgender Aussprache aller Ortsgruppenleiter Widerstände gegen eine Vereinigung mit dem Stahlhelm überwinden zu können.¹⁰⁷

Sein Kalkül ging jedoch längst nicht überall auf: Im Kreis Beckum etwa lehnten die dortigen Ortsgruppen einmütig den Vereinigungsbeschluß ab, und die Gruppen lösten sich statt dessen auf, so daß Kreisleiter Illigens Mitte November 1924 „nur das Aufhören des Westfalenbundes für den Kreis Beckum und folgedessen meinen Rücktritt melden“ konnte. Als Hauptgrund für die massiven Widerstände gegen eine Vereinigung mit dem Stahlhelm benannte er den „Hitler- und Ludendorff-Rummel, von dem der Westfalenbund zu spät abgerückt sei“;¹⁰⁸ ferner spielte seiner Ansicht nach eine wichtige Rolle, „daß eine große Vereinsmüdigkeit eingetreten ist, welche noch durch die allgemeine Geldknappheit verstärkt wurde“.¹⁰⁹ Schon Anfang September, als die völkische Welle des Jahres 1924 ihren Zenit erreichte, hatte Heinrich Kneer davor gewarnt, „sich offen zu den Zielen des Stahlhelms zu bekennen“. Der Stahlhelm hätte „sich vor einiger Zeit vorbehaltlos als völkisch“ erklärt, die Führer der Völkischen aber, General Ludendorff und insbesondere Albrecht von Graefe, würden „von den hiesigen Mitgliedern des W. B. glatt abgelehnt“.¹¹⁰ Auch die Münsteraner Orts-

105 *Graff* (wie Anm. 103), S. 54.

106 Siehe die drei erhaltenen Übersichten über den Organisationsstand in den Gauen Münster-Land (Gauleiter Freiherr von der Kettenburg, Münster, 23. August 1924), Arnsberg-Nord und -Süd (Gauleiter Wilderich von Fürstenberg, o. O. u. D.) und Minden-Ravensberg (ungezeichnet, o. O. u. D.), die vermutlich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über einen Anschluß an den Stahlhelm angefertigt wurden, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 766.

107 Leopold von Caprivi an Ferdinand von Lüninck, Münster, 27. Juli 1924, in: Ebd., Nr. 764.

108 In der Tat war beispielsweise im „Nachrichtenblatt der Nordostgruppe des Westfalenbundes und des Cheruskerbundes Lippe“, Nr. 2, Mitte März 1924, Hitler als der „Mann, der nur von den edelsten Trieben beseelt, die über ganz Deutschland verbreitete und von allen national Empfindenden mit Begeisterung aufgenommene Bewegung ins Leben gerufen hat“, gefeiert und Ludendorff als „größter Feldherr der modernen Kriegsgeschichte“ gepriesen worden, in: Ebd.

109 Heinrich Illigens an Ferdinand von Lüninck, Beckum, 19. November 1924, in: Ebd., Nr. 766.

110 Heinrich Kneer an Ferdinand von Lüninck, Eringerfeld, 2. September 1924, in: Ebd. Kneer bezog sich vermutlich auf die Einführung eines sogenannten „Arierparagrafen“ im Stahlhelm im März 1924 auf Druck des radikalen Flügels um den Zweiten Bundesvorsitzenden Theodor Duesterberg; siehe Volker R. *Beyghahn*: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 33), S. 65-67, 80f.

gruppe des Westfalenbundes, nach internen Querelen und Abspaltungen Anfang 1925 noch ungefähr 100 Personen stark, schloß sich erst in der zweiten Jahreshälfte 1925 dem Stahlhelm an.¹¹¹ Selbst Funktionäre wie der letzte Leiter des Gaus Münster-Land, Freiherr von der Kettenburg, traten dem Stahlhelm aus prinzipiellen Erwägungen heraus nicht bei.¹¹²

Vielen anderen, insbesondere in Leitungsfunktionen, war es hingegen „völlig gleichgültig [...] bei welcher ‚Firma‘ man dem Vaterlande dient“.¹¹³ Der letzte Hauptgeschäftsführer Leopold von Caprivi zum Beispiel nahm die Wahl zum Leiter des Stadtgaus Münster des Westfalen-Treibundes an, „da ja im Stahlhelm, dem ich ebenfalls angehöre, für mich keine besondere Arbeit verfügbar war“,¹¹⁴ der letzte Bundesvorsitzende Ferdinand Freiherr von Lüninck teilte sich bis 1928 mit General a. D. Kreuter den Vorsitz des Stahlhelm-Landesverbands Westfalen.

Doch selbst nach offiziell vollzogener Eingliederung in den Stahlhelm blieben Widerstände und Vorbehalte bestehen. Gegen ein restloses Aufgehen im Stahlhelm verwarnten sich die Ortsgruppen Heessen und Paderborn¹¹⁵ und wohl noch andere Westfalenbund-Gruppen, vor allem dort, wo sie stärker als die jeweilige Stahlhelm-Ortsgruppe waren. Im Gau Cheruskerland des Stahlhelm, der aus den Ortsgruppen des bisherigen Cheruskerbundes gebildet worden war, gab es erhebliche Mißstimmungen an der Basis, die erst allmählich überwunden werden konnten.¹¹⁶

IV. Der Westfalenbund e. V.: Das Scheitern eines regionalen nationalen Kampfverbands

Spätestens mit dem Ende der Ruhrbesetzung und der beginnenden wirtschaftlichen Stabilisierung in Deutschland war die Zeit der nationalen Kampfverbände im eigentlichen Sinne vorüber. Schon Ende 1923 begann die Reichswehrführung, also der „Lizenzgeber“, ihr Verhältnis zu den Wehrverbänden neu zu gestalten. Sie wollte keinesfalls wieder wie in diesem Krisenjahr, als sich nach Ansicht der Armeeführung 51 Prozent der Waffen in Händen der Kampfver-

111 *Krüger* (wie Anm. 7), S. 243.

112 Freiherr von der Kettenburg an Ferdinand von Lüninck, Münster, 24. September 1924, in: AvL, NL Ferdinand von Lüninck, Nr. 766.

113 Ferdinand von Lüninck an Leopold von Caprivi, Ostwig, 21. November 1924, in: Ebd.

114 Leopold von Caprivi an Ferdinand von Lüninck, Münster, 5. November 1924, in: Ebd.

115 Gauleiter Wilderich von Fürstenberg: „Niederschrift über die Pflichtversammlung des Westfalenbundes am 11. 11. 1924, Ortsgruppe Heessen“, Heessen, 13. November 1924; Ortsgruppe Heessen, W. Tübbesing, an Gauleiter Wilderich von Fürstenberg, Heessen, 11. Dezember 1924; Wilderich von Fürstenberg, Gauleiter des Gaus Hellweg des Stahlhelm, an Landesverband Westfalen, Geschäftsführer Heinz Kölpin, Heessen, 22. Dezember 1924, in: Ebd., Nr. 770.

116 Stahlhelm, Landesverband Westfalen, Gau Cheruskerland, Gauführer Teudt, an Landesverband Westfalen, Eduard Kreuter und Ferdinand von Lüninck, Detmold, 12. Februar 1925; Stahlhelm-Landesverbandsführer Eduard Kreuter an Direktor Teudt, Bielefeld, 21. April 1925, in: Ebd.

bände befanden, in eine Situation geraten, in der sie vom Wohlwollen der Wehrverbände abhängig war. Zudem hatte sich die Reichswehr nicht für eine Beseitigung der Republik im Verein mit den Wehrverbänden gewinnen lassen. General Hans von Seeckt, der Chef der Heeresleitung, hatte die ihm im November 1923 übertragene Vollziehende Gewalt im Reich anstandslos wieder in zivile Hände zurückgelegt und damit in den Augen vieler Republikgegner eine einmalige Chance ungenutzt verstreichen lassen. Ohne die Unterstützung durch die Reichswehr oder gar gegen sie war an eine gewaltsame Beseitigung der Republik jedoch nicht zu denken: Die Zeit der Diktaturpläne und Putschversuche war vorbei – eine Erkenntnis, die Hitler konsequent beim Wiederaufbau der NSDAP ab 1925 und bei seinem „legalen Weg zur Macht“ umsetzte. Auch die erhoffte militärische Auseinandersetzung mit Frankreich rückte in weite Ferne, und an eine Gefahr durch linksradikale Aufstände konnte niemand mehr ernsthaft glauben. Die Masse der lokalen und regionalen Wehrverbände verlor damit ihre Existenzberechtigung. Sofern sie nicht als reine Schützen- oder Kriegervereine fortbestanden, lösten sie sich auf oder schlossen sich dem Stahlhelm an, der die nationalen Kampfverbände beerbte und dadurch endgültig zu einem Massenverband wurde. Stahlhelm und der in seiner Bedeutung immer mehr abnehmende Jungdeutsche Orden taten gegen Ende der Weimarer Republik gleichfalls den Schritt in die Politik, ohne diesen Weg allerdings ebenso konsequent wie Hitler und die NSDAP gehen zu wollen und zu können.

Der Westfalenbund scheiterte zuallererst an seinen eigenen Unzulänglichkeiten. Vor allem fehlte eine Führerpersönlichkeit, die sich voll und ganz, gewissermaßen „hauptamtlich“, der Bundesarbeit gewidmet hätte. Dann blieb aber auch die Zielsetzung des Bundes unklar und damit letztlich unattraktiv. Man verfolgte politische Ziele, doch es fehlte an einer klaren, zündenden Programmatik, und man wollte auf keinen Fall eine politische Partei sein oder sich in den Dienst einer bestimmten Partei stellen, obwohl die Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei, insbesondere zu Gottfried Reinhold Treviranus, relativ eng waren. Man wollte ein paramilitärischer Kampfverband sein, doch wurde dieses Ziel nur in der Anfangszeit halbwegs konsequent verfolgt. Beides, Führerpersönlichkeit und klare Zielsetzung, wären entscheidende Voraussetzungen dafür gewesen, um überhaupt eine wirklich festgefügte Organisation aufbauen zu können. Leider gibt es keinerlei Belege, die Auskunft darüber geben, was einfache Mitglieder bewegt hat, sich dennoch dem Westfalenbund anzuschließen.

Die Mitglieder des Westfalenbundes waren Nationalisten und in gewisser Weise auch Regionalisten, sie waren antidemokratisch und zumindest latent antisemitisch eingestellt, sie bereiteten sich im – beschränkten – Rahmen der Möglichkeiten des Bundes auf die „Abrechnung“ mit Frankreich vor, und sie hofften auf die Errichtung eines „starken“, autoritär geführten Staates. Ungeachtet dieser zumindest vordergründigen Gemeinsamkeiten mit Ideologie und Zielen der Nationalsozialisten ergibt sich hieraus jedoch nicht zwangsläufig, daß die in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre im Westfalenbund organisierten Personen über kurz oder lang zur NSDAP stießen. Dies ließe sich natürlich immer nur am

einzelnen Beispiel belegen oder auch widerlegen. Die Untersuchung der angeblich ungebrochenen Kontinuität von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm zeigt jedoch, daß Vorsicht geboten ist, was allzu einfache und scheinbar naheliegende Erklärungen anbelangt. Eine Kontinuität läßt sich belegen für Führungspersönlichkeiten auf allen Ebenen, was eben auch ganz einfach daran liegt, daß dieser Personenkreis in den zur Verfügung stehenden Quellen ungleich besser dokumentiert ist als die Masse der einfachen Mitglieder. Soweit wir von der Haltung der Basis Kenntnis besitzen, mahnen die Belege allerdings zur Zurückhaltung gegenüber leichtfertigen Schlüssen.

Über eines darf man sich angesichts der relativen Harmlosigkeit und letztlich auch Bedeutungslosigkeit des Westfalenbundes indes nicht hinwegtäuschen: In seinem zeitlich und räumlich begrenzten Rahmen leistete auch der Westfalenbund einen Beitrag zur schließlichen Zerstörung der ersten deutschen Republik, indem er einen ideologischen Bodensatz schuf, auf dem die radikalen Republikgegner von rechts mit ihren Parolen aufbauen konnten.